Anzeigenpreise: Die 6gespaltene kleine Millimeterzeile [illegible] Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 8 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 3000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8837. Einzelnummer 200 Mk.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 83. | Dienstag, den 10. April 1923. | 5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Die Arbeiterschaft von Berlin marschierte am Sonntag zu einer mächtigen Protestdemonstration auf gegen das Verbot der „Roten Fahne."

A. Martow, der bekannte Menschewik, der anläßlich des Halleschen Parteitages nach Deutschland kam, ist kürzlich in Berlin gestorben.

Die Generalversammlung des Konsumvereins „Volkskraft" in Erfurt nahm mit Stimmenmehrheit einen Antrag an, der „Internationalen Arbeiterhilfe" für Sowjet-Rußland eine Anleihe zu gewähren und in Sowjet-Rußland Konzessionen für Getreidefarmen zu erwerben.

Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes solidarisierte sich mit der Direktion der Concordiagrube (Oberhausen), die die gegen die militärische Besetzung der Zeche im Streik stehenden Proleten aufforderte, den Streik zu liquidieren und sich den französischen Bajonetten zu fügen.

In Hohenemmerich bei Duisburg versuchte die französische Besatzungsbehörde die Wahl eines engeren Kontrollausschusses zu hintertreiben.

Der Streik der Konzerthausmusiker von Breslau dauert noch an.

Empfang des sowjetrussischen Botschafters in Berlin.

WTB. **Berlin**, 9. April. Der Reichspräsident empfing den bevollmächtigten Vertreter (Botschafter) der russischen sozialistischen föderativen Sowjetrepublik, Krestinski, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens, durch das er als bevollmächtigter Vertreter der sozialistischen Sowjetrepublik, Weißrußland und der Sozialistischen Sowjetrepubliken Transkaukasiens beim deutschen Reiche beglaubigt wird. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Auswärtigen zugegen.

Wieder eine Schiebung!

WTB. Leipzig, 9. April. Die für morgen angesetzte Verhandlung gegen Tillessen ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden, da noch weitere Erhebungen notwendig sind.

Die „Rote Fahne" wird verboten. — Der Prozeß gegen den meineidigen Tillessen, der mitgeholfen hat, Erzberger „abzuknallen", wird verschoben. Das liegt in einer Linie!

„Humanitee" und „Rote Fahne", hier wie dort Verbote und Bestrafungen.

Wie bereits kurz gemeldet, wurde gegen den am Ostersonntag verhafteten Genossen Willi Liedtke, zweiter Vorsitzender der KPD., Wetter an der Ruhr, vor dem Militärgericht in Witten verhandelt. Genosse Liedtke wurde beschuldigt, Exemplare der „Humanitee", des Zentralorgans der französischen Sektion der Kommunistischen Partei, unter den Besatzungstruppen verbreitet zu haben. Genosse Liedtke gab den Tatbestand zu, erklärte aber, daß er nicht annehmen konnte, es handle sich um eine von der Besatzungsbehörde verbotene Zeitung. Der Vertreter der Anklage beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und eine Geldstrafe von 500 000 Mark, weil die Zeitung die Sicherheit der Besatzungsbehörde gefährde und gemäß der Verordnung Nr. 17 des Kommandeurs verboten sei. Der Verteidiger des Angeklagten machte geltend, daß der Angeklagte unmöglich habe wissen können, daß den Besatzungstruppen französische Zeitungen irgendwelcher Art verboten seien. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und eine Geldstrafe von einer Million Mark. Für den Fall der Nichtbeschaffung der Geldstrafe innerhalb 2 Wochen eine weitere Gefängnisstrafe von 3 Monaten.

Das Gericht erklärte, die „Humanitee" [illegible] unter die eine [illegible] Verordnung Nr. 17 des Kommandeurs der [illegible] fallen [illegible] zum [illegible] Lakaien d[illegible] [illegible] sor und Co.) aufzuf[illegible]

Das Verbot der „Humanitee" durch die französischen und die Unterdrückung der „Roten Fahne" durch die deutschen Nationalisten zeigt die Kommunisten auf dem richtigen Wege gegen den gleichen Feind.

Die Besatzung in die Flucht geschlagen.

Die staatliche Zeche „Bergmannsglück" war mit einer Besatzung von Franzosen — beehrt worden. Der Betriebsrat der Zeche organisierte die Abwehr des Einbruches. Seine Argumente waren so stark, daß am Freitagmorgen die Besatzung die Zeche wieder räumte. Nur an den Abladestellen dürfen sich Franzosen zeigen und dort sind sie durch einen Stacheldraht von den übrigen Werksabteilungen getrennt.

Auf zum Protest!

Die Arbeiter von Berlin marschierten bereits auf gegen das Verbot der „Roten Fahne" und deren Kopfblätter. Wo bleibt die Arbeiterschaft Schlesiens und Oberschlesiens?

Aus Berlin wird uns berichtet:

Am Sonnabend nachmittags wurde das Verbot der „Roten Fahne" mit seiner windigen Begründung bekannt gegeben. Am Sonntag vormittag, um 9 Uhr, war der große Saal der Brauerei Königstadt so überfüllt, daß alle Gänge, die Gallerien, das Podium und die Treppenstufen gestopft waren von Berliner Arbeitern, welche gegen die Provokation der Arbeiterschaft demonstrierten. Ohne Plakate, nur durch eine schnell fertig gestellte Sonderausgabe der verbotenen Fahne und durch Handzettel eingeladen, erschienen die Arbeitermassen. Sie erschienen in Kampfstimmung und Kampfstimmung atmete die ganze Kundgebung. Genossin Fischer beschäftigte sich nicht mitt juristischen Spitzfindigkeiten, zeigte vielmehr, daß die Politik der Cuno-Regierung und ihrer getreuen sozialdemokratischen Lakaien gerade jetzt, gerade in dem Augenblick, wo die Großen dieser Erde oder wenigstens Europa sich einig werden über den ungeheuren blutigen Schacher um das Leben von Millionen der Proletarier in Deutschland und Frankreich, daß gerade jetzt die „Rote Fahne" stumm gemacht werden muß, weil sie die einzige Zeitung in Berlin ist, welche den Arbeitern sagt, was ist, das Organ der einzigen Partei, welche dem deutschen Proletariat den Weg zeigt aus dem was ist, dem Weg des Kampfes gegen die Bourgeoisie, gegen ihre Regierung und gegen ihre Helfershelfer, die sozialdemokratischen Führer. Die einstimmig angenommene Resolution, die von einem einfachen Arbeiter aus der Mitte der Versammlung kam, zeigt sehr genau, daß die Versammlung beide Seiten der Angelegenheit begriff und stellt fest, daß mit dem Verbot nur dem Faszismus gedient ist. Die Resolution lautet:

„In einer überfüllten Versammlung in der Brauerei Königstadt erheben die Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins allerschärfsten Protest gegen das Verbot der „Roten Fahne" und ihrer Kopfblätter. Dieses Verbot ist eine ungeheure Provokation der gesamten Arbeiterschaft. Diese völlig unbegründete und unzulässige Ausschaltung des besten Teiles der Arbeiterpresse bedeutet in ihrer Auswirkung eine Verstärkung des Faszismus. Die Anwesenden geloben, mit verdoppelter Kraft zu kämpfen gegen die Reaktion und die Knebelung der kommunistischen Presse und verlangen vom Berliner Polizeipräsidenten das skandalöse Verbot sofort rückgängig zu machen."

Die Berliner Metallarbeiter werden ihren „Kollegen", dem Herrn Polizeipräsidenten Richter, persönlich ihre Meinung sagen, und wir nehmen an, daß die sozialdemokratischen Arbeiter dem preußischen Herrn Innenminister Severing auch mitteilen werden, wie sie über seine mit Pomp angekündigte „Faszistenbekämpfung" denken, deren erste greifbare Frucht das Verbot der kommunistischen Presse für Berlin, Brandenburg, die Pfalz, Mecklenburg, Pommern, Ostpreußen und Lübeck ist. Es wird gut sein, wenn die Arbeiter, insbesondere die sozialdemokratischen, im ganzen Reiche ebenso energisch protestieren gegen die Handlangerdienste, die den Faszisten und dem Herrn Stinnes geleistet werden, der sich mit Loucheur verständigt.

Die Arbeiterschaft von Berlin ist bereits aufmarschiert und hat der Reaktion gezeigt, daß sie sich verrechnet wenn sie glaubt, daß die Partei durch die taktischen Differenzen „zerrissen" ist.

Die Kommunisten Schlesiens und Oberschlesiens müssen jetzt wieder einmal ihren Mann stellen: sie müssen in den Betrieben und Gewerkschaften die gesamte Arbeiterschaft mit fortreissen zum Protest, zum Kampf gegen diese Provokation. Ueberall muß in Resolutionen die Aufhebung dieses Verbotes gefordert werden.

Ans Werk, Genossen und Genossinnen! Sorgt dafür, daß den Herrschenden dieser Protest aus tausend Proletarierkehlen noch lange in den Ohren gellen wird!

Der Ruhrkrieg.

Heute Arbeitsruhe im „altbesetzten Gebiet" anläßlich der Beerdigung der in Essen gemordeten Arbeiter.

WTB. **Köln**, 9. April. Im altbesetzten Gebiet wurde zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Verständigung erzielt, daß am Dienstag, dem Beisetzungstage der Kruppopfer, von 9 bis 10 Uhr vormittag auf den Betrieben Arbeitsruhe herrscht.

Aufhebung der Versammlungsfreiheit.

WTB. **Düsseldorf**, 9. April. Der Ortskommandant von Mörs [illegible] für Friemersheim alle Versammlungen [illegible] weiter [illegible] verboten [illegible] und [illegible] Kommissionen [illegible]

Vaterlandische Anstreicher.

[illegible] aus diesem Grunde sowohl gegen den Bürgermeister als gegen die Stadt Sanktionen angedroht. Die Franzosen überstreichen in Bochum jetzt die von deutscher Seite angeklebten Flugblätter mit Teer.

Den Oberschlesiern dürfte dies nichts neues sein.

Die Austreibung der Eisenbahner des Ruhrgebiets.

WTB. **Köln**, 9. April. Die Gesamtzahl der bis zum 6. April in das unbesetzte Gebiet ausgewiesenen Eisenbahnbeamten und Arbeiter im Eisenbahndirektionsbezirk Köln beträgt 64. Aus ihren Dienstwohnungen wurden 304 Eisenbahnerfamilien vertrieben. Von 158 Verhafteten wurden 25 vor das Kriegsgericht gestellt und zu insgesamt 74 Monaten, 12 Tagen Gefängnis sowie zwei

So sieht ihre Arbeiterfreundlichkeit aus.

In Hochemmerich bei Duisburg hatten die Arbeiter einen Kontrollausschuß gebildet und sogar seine behördliche Anerkennung gefunden. Nun sollte in einer öffentlichen Volksversammlung ein Ausschuß gewählt werden. General Degoutte hat kürzlich durch öffentliche Anschläge ausdrücklich erklärt, daß alle Rechte der Arbeiter unangetastet bleiben sollten. Was geschieht nun? Die Versammlung wird verboten. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, daß unser Duisburger Parteiblatt in drei Wochen dreimal verboten worden ist. [illegible] Unterdrückung wird Severing vom Reichstag gefragt werden und Aufklärung geben. Mit der „Roten Fahne" [illegible] der Zeitung.

Sie wollen's erzwingen!

WTB. **Mainz**, 9. April. [illegible] seitens der französischen Besatzungsbehörde wegen Errichtung der Kasernen [illegible] Streik der Arbeiterschaft der [illegible] Schwierigkeiten [illegible] verhaftet und [illegible] Arbeitsbestrafungen verhängt worden.

Die Proleten bezahlen's ja!

WTB. **Buer**, 9. April. An der Stelle, an der der Rhein-Herne-Kanal bei Henrichenburg über die Emscher führt, wurde am Sonntag morgen gegen 5 Uhr von unbekannter Seite die Kanalbrücke gesprengt. Die Wassermassen des Kanals stürzten mit wildem Tosen in die Emscher. Mehrere Holzbrücken, die dem gewaltigen Wasserdruck nicht standhalten konnten, wurden hinweggeschwemmt. Der Herner Hafen und weite Strecken des Kanals waren in wenigen Stunden fast völlig wasserlos. Zahlreiche beladene Kohlenkähne sind umgekippt.

Auch diese Sprengungen, zu denen man sich von deutscher Seite nach Beendigung des Ruhrkriegs bekennen und die man als „militärische Notwendigkeiten bezeichnen wird, zahlt das Proletariat!

Die Amsterdamer und der Ruhrkrieg.

Edo Fimmens Reise nach Warschau.

Getreu den Entschließungen der Frankfurter Konferenz muß das revolutionäre Proletariat aufmerksam die Politik der reformistischen Führer verfolgen, um die in deren Fahrwasser noch schwimmenden Arbeitermassen auf die Gefahren dieser Politik aufmerksam zu machen und sie zu überzeugen, daß einzig und allein die auf dieser Konferenz beschlossene Politik ihnen einen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu bieten vermag. Zurzeit liegen wieder zwei Tatsachen zu diesem Kapitel vor: Herrn Fimmens Reise nach Warschau sowie der Herren Jouhaux und Oudegeest neuestes Gastspiel in Paris.

Am 12. März stellte das Büro der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale fest, daß „dem Büro ernste Nachrichten über die Möglichkeit eines nahen Krieges zwischen Polen und Rußland vorliegen". Was unternehmen nun die Amsterdamer? Prompt fährt Herr Edo Fimmen nach Warschau; ob mit der Segnung des Büros, oder — wie dies der Fall bei seiner deutschen Reise war — ohne seine Segnung, wissen wir nicht. Jedenfalls scheint es, daß Herrn Fimmens antimilitaristische und antiimperialistische Propaganda in Amsterdam ausschließlich als Ausfuhrware betrachtet wird — denn von einer solchen Propaganda in den Herrschaftsgebieten der Herren L. Jouhaux oder J. H. Thomas haben wir bisher nichts gehört.

Edo Fimmen fährt also nach Warschau, um wahrscheinlich die Gefahr des drohenden Krieges zwischen Polen und Sowjetrußland abzuwenden. Ueber seine Tätigkeit unter der Warschauer Arbeiterschaft können wir wenig berichten. Wir wissen nur, daß er mit den PPS.-Führern geheimt hat, und daß er vom Ministerpräsidenten, General Sikorski, empfangen wurde. Können wir nun darüber im Zweifel bleiben, daß der beredsame Fimmen den tapferen General so gründlich zu seinem Glauben bekehrt hat, daß jetzt die ernste Gefahr des drohenden Krieges zwischen Polen und Sowjetrußland geschwunden ist?!

Aber allein die Ankunft Fimmens in Warschau hat eine andere Wirkung in Polen hervorgerufen. Dort ist die Internationale der Nationalisten durch eine der merkwürdigsten ihrer Abarten vertreten: durch die PPS.-Leute. Auch gegenwärtig spielen die PPS.-Leute im Parlament, in ihrer Presse und in den von ihnen geleiteten Gewerkschaften die für sie übliche Rolle für die Lakaien ihrer Herren. Die polnische Bourgeoisie nützt die Unterstützung des Ruhrabenteuers des Herrn Poincare in der Weise aus, daß sie von ihm die Anerkennung der Annektion der weißruthenischen und ukrainischen Gebiete erzwungen hat; die PPS.-Leute unterstützen aber den Ruhrkrieg „moralisch" als „notwendiges" Mittel zur Eintreibung der Reparationsschulden, schüren den Haß gegen die Sowjets, die sich unterstehen, Frankreich mit ihrem diplomatischen „Ränkespiel" einzufangen und bewilligen dem Sikorski so viele blutige Arbeitergroschen, wie er nur haben will — alles aus reinster „Vaterlandsliebe".

Nun hat die Amsterdamer Internationale schon vor geraumer Zeit pazifistische Plakate „Krieg dem Kriege" zur Verbreitung nach Polen geschickt. Der Vorsitzende der Amsterdamer Gewerkschaften, Zulawski, hat die Verbreitung der Plakate als „ungeitgemäß" abgelehnt. So waren einige Wochen vergangen, als die Herrschaften erfuhren, daß der Amsterdamer Kurier — Herr Edo Fimmen — kommt. Und siehe da! Prompt klebte das antimilitaristische Plakat an den Mauern der Häuser Warschaus. Und die Politiken des Generals Sikorski, [illegible] des Oberpolizeikommissars Anuszewski als gute Freunde der PPS. [illegible] die [illegible] Plakate [illegible] gründlich an, während jeder [illegible] für das Anschlagen [illegible] mehrere Jahre [illegible] erhalten [illegible] — liegt es nah, an [illegible] des [illegible] Sikorski und der PPS. [illegible] Fimmen einen [illegible] — ja, wie antimilitaristisch — das polnische Lämmlein dem hundsdürftigen Sowjetwolf gegenüber gesonnen ist? Um solchen Preis wird man doch vielleicht erreichen können, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sich nicht zum zweiten Male solche „revolutionären Entgleisungen" wie im Jahre 1920 zuschulden kommen läßt, indem sie das polnische Lämmlein als Agenten des gegenrevolutionären französischen Imperialismus vor den westeuropäischen Arbeitern denunziert.

Bei dem Zwischenfall handelt es sich um das politische Spiel mit Arbeiterinteressen. Der Arbeiterklasse ist es aber damit bitter ernst, daß nicht allerlei Politikaster die sich als ihre „Führer" aufwerfen, ein frevelhaftes Spiel mit ihren Lebensinteressen treiben. Daher muß Ihr wissen, Ihr Herren Amsterdamer: Wenn es [illegible]

Frankreich besteht, muß gegen diese ernste Gefahr auch ernste Front gemacht werden. Ihr Herren Amsterdamer müßt dann Farbe bekennen, ob Ihr mit dem ersten Arbeiterstaat Sowjetrußland oder mit den Vasallen des französischen Geldsackes seid!

Ihr aber, ehrliche Arbeiter, die Ihr noch auf Eure Amsterdamer Führer vertraut, aber vor allem Dingen keinen neuen Krieg für den Imperialismus wollt — Ihr müßt von Euren Führern erzwingen, daß sie euch auf diese wichtigen Fragen gerade Antworten geben. Ihr müßt von ihnen erzwingen, daß sie mit uns zusammen, mit allen auf dem Boden der Interessen des Proletariats stehenden Arbeitern eine einheitliche proletarische Front gegen den imperialistischen Krieg, für den Sturz der imperialistischen Bourgeoisie herstellen.

Herren Oudegeests und Jouhaux Reise nach Paris.

Am 23. März berichtet die Amsterdamer Internationale von dem letzten, am 9. Februar abgehaltenen Gastspiel der „Arbeiterdelegierten" Jouhaux, Oudegeest und Backlund in der Abrüstungskommission des Völkerbundes. Ein verschollener Bericht, eine alte Geschichte, doch bleibt sie für die internationale Arbeiterklasse noch immer neu.

Am 9. Februar beriet nun die sogenannte zeitweilige gemischte Kommission des Völkerbundes über den Vertragsentwurf Lord Robert Cecils, den die meisten Staaten miteinander schließen sollen, um eine Beschränkung ihrer Rüstungen anzubahnen. „Es bestand die Gefahr — sagt wörtlich der Bericht des IGB. —, bei der ablehnenden Haltung, die Viviani und Schanzer gegenüber dem Entwurf Cecils einnahmen, daß der Vertragsentwurf einfach in der Versenkung verschwand." Diese Feststellung an und für sich spricht Bände für den, der weiß, daß der schlaue Albionvertreter durch seinen Entwurf nichts anderes beabsichtigen konnte, als die Gefahr des Uebergewichts der Luftflottenrüstungen, die Großbritannien von der französischen Seite bedroht, zeitweilig durch ein „Abrüstungsabkommen" zu bannen. Aber noch wichtiger für die Arbeiterschaft ist die Haltung, die „die Arbeiterdelegierten" Jouhaux, Oudegeest und Backlund zu der Sache einnahmen. Darüber besagt der Bericht des IGB. wörtlich:

„Vor diesem Schicksal hat ihn das tatkräftige Eingreifen der Arbeiterdelegierten bewahrt, die darauf hinwiesen, daß das Ansehen des Völkerbundes bei den Massen eine erhebliche Einbuße erleiden werde, wenn der Entwurf von Cecil nicht gründlich behandelt werden würde. Sie traten daher nachdrücklich für die Ueberweisung des Entwurfs an eine besondere Unterkommission ein."

Das heißt: die Amsterdamer Arbeiterführer spielen gegenüber dem Völkerbund die Rolle jener Hunde, die dem Ertrunkenen zu Hilfe eilen. Dabei handelt es sich aber nicht einmal um einen ertrunkenen Lebendigen, sondern um eine ertrunkene Leiche, die die Herren Jouhaux aus der Flut der Vergessenheit, Ruhmlosigkeit und Verachtung retten wollen! Diese Herren rollzieben die Arbeit schlimmster Knechte der Bourgeoisie, indem sie das „Ansehen" des Völkerbundes bei den Arbeitermassen dadurch zu retten suchen, daß sie einem angeblichen Abrüstungsentwurf dazu verhelfen wollen, vom Völkerbund überhaupt behandelt zu werden! Denn mit diesem „Ansehen" des Völkerbundes bei den Arbeitermassen ist es schon so gründlich aus, daß sogar das sozialdemokratische Züricher „Volksrecht" neulich anläßlich des schweizerisch-französischen Grenzkonflikts feststellen mußte:

„Damit gibt Frankreich nicht nur der Schweiz, sondern der ganzen Welt in offenkundiger Weise eine Lehre darüber, wie es um das „Recht" und die „Demokratie" seit 1918 in der Welt bestellt ist, und was für ein lächerlicher Popanz eigentlich dieser Völkerbund seiner Auffassung nach ist."

Die Herren Jouhaux und Kameraden finden aber im Moment, als Poincare mit 200 000 Soldaten den Raubüberfall auf das Ruhrgebiet vollzieht und dort die deutschen Arbeiter mit Peitschenhieben bearbeiten, um sie seinen Zudergebieten zugänglicher zu machen, daß die Situation „der moralischen Abrüstung günstig" ist, sie appellieren an den Völkerbund zum Zweck der Ermöglichung derselben und geben keinen einzigen Laut von sich über die Räuberhandlungen ihres Poincares.

Desselben Geistes Kind, wie dieser Versuch, Cecils interessierten „rauflustigen" Abrüstungsentwurf vor den Anschlägen Vivianis und Schanzers zu retten, war auch die von Jouhaux in der Sitzung vom 12. Februar abgegebene Erklärung. In derselben Sitzung führte Herr Jouhaux aus, daß „die Arbeiter der zeitweilig gemischten Kommission für die Beschränkung der Rüstungen von keinerlei Illusionen. Wenn sie hörten, wenn sie nicht an die Situation der moralischen Abrüstung anknüpfen könnten; die gegenwärtige Lage in Europa ist einer Zusammenarbeit und Verwirklichung der moralischen Abrüstung günstig; daher ist es Pflicht des Völkerbundes, Mittel und Wege zu suchen, um diese moralische Abrüstung zu ermöglichen." Diese Erklärung ist von Herrn Jouhaux zu Protokoll gegeben worden, damit der Völkerbundsrat von ihr Kenntnis nehmen und entsprechend Gebrauch machen kann, „im Namen der „organisierten Arbeiter fast aller Länder". Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß der Völkerbundsrat von der Erklärung Jouhaux' und Oudegeests „entsprechenden Gebrauch" machen wird — falls sie nur auf dem Papier niedergeschrieben ist. Aber was müssen zu dieser Haltung jene 24 Millionen organisierte Arbeiter „fast aller Länder" sagen, als deren Vertreter in der Kommission des Völkerbundes zur Abrüstungsschaumschlägerei die Herrschaften sich so unverschämt aufspielen? Ihre Klassenpflicht ist es, diesen „Führern" zuzurufen:

Drang Schaumschlägerei, grang Betrugs
Wir wollen Klassenkampf!

Wir sagen aber allen Arbeitern ohne Unterschied politischer Gesinnung und Parteizugehörigkeit: Arbeiter, denkt an die Haltung der Jouhaux, Oudegeests und anderer Amsterdamer in der Pariser „Abrüstungskommission" in den Februartagen! Fragt alle Eure Betriebskollegen und Klassengenossen, was sie vorziehen:

die Arbeitsgemeinschaft mit der Weltbourgeoisie samt der heuchlerischen, verlogenen, betrügerischen Mitarbeit an allerlei Kommissionen des längst ertrunkenen Leichs: — des Völkerbundes

oder

den rücksichtslosen Klassenkampf in einer internationalen Arbeitsfront mit den klassenbewußten Proletariern aller Länder laut den Anweisungen der Frankfurter Konferenz.

Gegen Poincare und Cuno, gegen Lochner und Stinnes, gegen den internationalen Imperialismus und Militarismus!

Falzifikische Rüstungen.

Unter den verschiedensten Deckmänteln und allen möglichen Apparaten unter Beihilfe der Behörden, treiben die Falzifikten ihre Rüstungen und Werbungen munter fort. Das geht auch aus einem Schreiben hervor, das die „Rote Fahne" veröffentlicht, wonach auch die verbotene deutsch-völkische Freiheitspartei ihr Rüstzeug vervollständigt. Aus weiteren Dokumenten geht hervor, daß die Franzosen auch in der Tschechoslowakei ihre organisatorische Betätigung suchen und finden. Auch in der Tschechoslowakei wird zum Arbeitermord gerüstet. Die proletarischen Abwehrhundertschaften müssen daher bewaffnet und dreifach auf der Hut sein, zumal der Arbeitermord wieder zu grassieren beginnt, wie die Schießerei in Regensburg eben erst wieder lehrte.

Auch auf das Konto von außerfahrplanmäßigen Zügen muß gerechnet werden. Vor einigen Tagen kam über Oberndorf ein Zug zum Bayrischen Bahnhof mit jungen Leuten, die das Schlageter-Lied sangen. Diese Burschen füllten einen Güterzug von zirka 12 Fernwagen, die keinerlei Beschriftung trugen, woher und wohin....

Stinnes fordert geschärfere Kriegsberichterstattung.

Der „Lokalanzeiger", ein Stinnesblatt, das Blatt der Damen für die Damen, und zwar für die dummen, deutschnationalen Spießbürger, ein Hetzblatt schlimmster Sorte, schreibt zwei Spalten voll darüber, wie schlecht die deutschen Pressereptile, und insbesondere das Oberreptil, das Wolffbüro, zu schwindeln verstehen. Er gibt auch Beispiele an, wo man ungeschickt gelogen hat, wie etwa, als in Düsseldorf ein französischer Sergeant gestolpert war und sein Gewehr sich löste und ein Kind erschossen wurde, wo dann die wahrheitsliebende deutsche Presse „in die Welt hinaus geschrieen hat, daß ein französischer Sergeant ein Kind in Düsseldorf kaltblütig erschossen habe", während man, nach dem Rezept des Lokalanzeigers", hätte „die Wahrheit" auf folgende Art in die Welt drahten müssen: „Ein Kind in Düsseldorf von einem Franzosen erschossen. Einzelheiten fehlen." Wenn diese Meldung dann in der Welt gewesen wäre, so hätte man doch später hinzufügen müssen: „Die unglaubliche kriminelle Fahrlässigkeit der Franzosen, der ein Kind zum Opfer fiel". Die Rezepte der bürgerlichen Journalistik — und genau so wie der plumpe Bolz im „Lokalanzeiger" verfährt der elegantest-französische Bourgeoishmierer — sollen sich die Arbeiter merken. Wenn es heißt: „Die Schutzpolizei mußte sich gegen die Angriffe der aufgehetzten Menge wehren und von der Waffe Gebrauch machen", so heißt das zu deutsch: „Bewaffnete Offiziere gaben den aufgehetzten Polizisten den Befehl zu feuern, um die Menge zu provozieren"; und wenn es heißt: „Die Regierung ist fest entschlossen, alles im Interesse des deutschen Volkes zu tun", so muß man das übersetzen: „Die Cuno-Regierung wird schon den Stinnes an der Chose sein Fell verdienen lassen".

Unter dem „Schutz" der Bajonette.

Zum Streik auf Concordia (Oberhausen).

Heldenmütig erklärten die Vertreter des ADGB., die Arbeiter würden nicht unter den Bajonetten arbeiten. In seinem letzten Aufruf spricht der ADGB. von dem Schutze der „freien" Arbeit. Das sind alles Redensarten. Die ADGB.-Bürokratie läßt nicht nur unter dem „Schutz" der deutschen Bajonette arbeiten, sie ist auch bereit, den Schutz der französischen Bajonette zu akzeptieren. Es sind drei Wochen streiken die Bergarbeiter auf der Zeche Concordia, Oberhausen, weil Franzosen die Zeche besetzt halten. Abzug der Besatzung, das ist die Forderung der Arbeiter. In der vergangenen Woche nun forderte die Bergwerksdirektion von den Arbeitern, sie sollten den Streik liquidieren und die Arbeit wieder aufnehmen. Es nütze ja nichts, man müsse sich den Bajonetten fügen. Der gleichen Ansicht war auch der Vertreter des Bergarbeiterverbandes, ein strammer ADGB.-Mann. Auch er meinte, daß man trotz der drohenden Bajonette die Arbeit wieder aufnehmen sollte. Die Belegschaft stellte sich jedoch einmütig hinter den Betriebsrat (ein Unionist und ein KPD.-Mann), man lehnte die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Der Streik geht weiter. Nun wurden die Betriebsräte von den Franzosen gesucht, sie sollten ins Kittchen gesteckt werden, weil sie nicht dem Ratschlage der Bergwerksdirektion und des Vertreters vom Bergarbeiterverband Folge leisten wollten!!

Eine Delegation der Arbeiter war bei der Regierung in Berlin. Sie bekam das Versprechen, daß ihnen die Streiktage bezahlt werden. Der Stadt Oberhausen sollen 500 Millionen Mark aus Staatsmitteln überwiesen worden sein.

Das ist bitter.

Die arbeiterfeindliche Politik der SPD.- und Gewerkschaftsbürokratie ist so offensichtlich geworden, daß sich nun sogar schon Deutschnationale darüber mit Recht entrüsten können. Der bekannte Knüppel-Kunze bekämpft nun in Versammlungen die Kohlensteuer, die Umsatzsteuer, überhaupt jede indirekte Steuer. Dabei weist er nach, daß die Sozialdemokraten früher die indirekten Steuern in schärfster Weise bekämpft hätten, nun aber jeder indirekten Steuer zustimmten. Ja, im Steuerbewilligen auf Kosten der Arbeiterschaft lassen sich die Sozialdemokraten von keiner bürgerlichen Partei übertrumpfen. Daß ein Knüppel-Kunze so etwas bei seiner demagogischen Agitation benutzen kann, ohne daß jemand auftreten könnte, um seine Behauptungen als unwahr zu bezichtigen, das ist bitter. Der Herr Kunze opponiert weiter mit der leider ebenfalls unbestreitbaren Tatsache, daß die Gewerkschaftsbürokraten, die von dem Gelde der Mitglieder leben, garnicht mehr bereit sind, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Nur, wenn es hieße, die Republik zu schützen (d. h. die Tausende von Aemtern und Posten, die von Sozialdemokraten als Revolutionsgewinnler ergattert worden sind), dann rufe die Gewerkschaftsbürokratie zum Kampfe auf, dann dürften die Arbeiter streiken.

Leider hat der Knüppel-Kunze recht; Millionen von Arbeitern lassen sich eine solche „Führung" noch gefallen.

Motive: Nahrungssorgen!

In einem Stinnesblatt, dem „Berliner Lokal-Anzeiger", einem Organ, das sehr energisch die Interessen des Schwerkapitals vertritt, lesen wir folgende Notiz:

„Das Ende des Kleinrentners. Am 5. April, 6 Uhr 50 Min. vormittags, stürzte sich der Rentenempfänger Benjamin Beyer, 28. 8. 37 geboren, aus seiner im vierten Stock gelegenen Wohnung, Hermannstraße 1, auf den Hof herab. Er war sofort tot. Motiv: Nahrungssorgen."

Das ist kein Einzelfall. Es ist ein Fall der vielen Tausende, die sich in gleicher oder ähnlicher Weise abspielen. Was ist ein Kleinrentner? Einer jener Leute, die in der Vorkriegszeit, sei es als Handwerker, kleiner Kaufmann, Beamter oder sonstwie Groschen um Groschen zusammensparte, sich vom Munde abdarbte, und schließlich ein kleines Kapitälchen zusammenbrachte. Vor dem Kriege brachte es ihm zwei-, drei-, vielleicht auch vier- bis fünftausend Mark Zinsen. Damit konnte man sich „durchbringen". Der Krieg und die bewußte Politik des Schwerkapitals entwertete die Mark, stürzte sie von Stufe zu Stufe, bis sie schließlich den winzigen Bruchteil eines Pfennigs wert geworden. Der Sparer von ehemals hat sein Erspartes in Goldmark angelegt. Die Politik des Schwerkapitals macht aus der Goldmark Papiermark. Der Kleinrentner bekommt für sein in Goldmark Erspartes Papiermark Zinsen. Was soll er damit? 2000 Papiermark — dafür bekommt man einen Strick, der zur Not zum Aufhängen reicht. Tausende der früheren viel gerühmten Staatsstützen, fleißige Sparer, verfallen nun dem gleichen Schicksal wie der Rentner, der sich jetzt wieder aus dem Fenster gestürzt hat. Nur einzelne der vielen Tragödien enden mit einem solch dramatischen Abschluß. Die meisten Sparer verschwinden lautlos. Ihr Verschwinden wird nicht bemerkt. Sie sterben und verderben. Das Kapital braucht ihrer nicht mehr und läßt sie verrecken nach dem Grundsatz: Weg damit, in die Düngergrube der kapitalistischen Kultur!

Hungerpest in Indien.

WTB. **London**, 8. April. Reuter meldet aus Simla, daß eine Pestepidemie, die Tausende von Menschen hinraffte, in fast allen Provinzen Indiens wütet. Die Statistik für die am 24. März zu Ende gegangene Woche zeigt etwa 9000 Pestfälle in ganz Indien, von denen 8000 tödlich verlaufen sind.

Diese Hungerpest ist eine Folge der Ausbeutung, die dort durch die englischen bibelkundigen Kapitalisten betrieben wird.

Vor dem Generalstreik der Bauarbeiter in England.

WTB. **London**, 8. April. Reuter meldet: Die Verhältnisse in der Industrie geben Anlaß zur Sorge. Durch die von den Arbeitgebern im Baugewerbe gefaßten Beschlüssen werden 500 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Wenn die Herabsetzung der Kriegszulage für die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten durchgeführt wird, muß mit einem Generalstreik der Arbeiter gerechnet werden.

Schauspielerstreik in Posen.

WTB. **Posen**, 7. April. (Polnische Telegraphenagentur.) Vorgestern abend ist das hiesige Orchester und der Chor vor Beginn der Oper „Tosca" in den Streik getreten, weil der Magistrat die geforderten Zuschläge nicht gezahlt hat. Die Vorstellung konnte nicht stattfinden.

Beilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Nummer 83 — 5. Jahrgang.

Breslau.

Lokales.

Von der Bismarckfeier der Breslauer Faszisten

weiß die „Volkswacht“ Näheres zu berichten. Demnach hat der berüchtigte, immer noch frei herumlaufende Balte, Professor **von Freytagh-Loringhoven**, die Festrede (sprich: Hehrede) gehalten.

Dieser Oberfaszist tobte über die „Vergewaltigung seiner nationalsozialistischen Freunde und markierte edle Entrüstung über die Verhaftung einiger Konterrevolutionäre, die inzwischen wieder längst auf freien Fuß gesetzt sind. Der Kern der freiherrlichen Bismarckrede bestand laut „Volkswacht“ in einem Loblied auf den gekrönten Deserteur und in einem Schrei nach blutiger Rache an Frankreich und Belgien.

Der baltische Baron ist im Falle des Eintretens des von ihm propagierten Revanchekrieges selbstverständlich bereit den Heldentod — auf dem Rednerpodium zu sterben.

Die „Volkswacht“ beschränkte sich darauf die Angriffe gegen ihren „bauernschlauen Severing“ abzuweisen. Was Severing getan hat, sagt die „Volkswacht“, hat er doch nur der Erhaltung der „nationalen Einheitsfront“ zu Liebe getan hat. Und sie beruft sich auf das Zeugnis der Kohlenbarone an der Ruhr, die mit Severing ein Herz und eine Seele sind. Die Kohlenbarone haben Severing für sein schneidiges Vorgehen gegen die Putschisten gedankt.

Freilich die Industriellen sind klüger als die idiotischen Barone, sie wollen sich einen günstigeren Zeitpunkt für die Niederschlagung der Arbeiterschaft wählen.

Es ist selbstverständlich, daß ein Blatt vom Schlage der „Volkswacht“, sich auf eine matte Abwehr und Verteidigung ihres Ministers Severing beschränkt.

Sie ist weit davon entfernt, aus der freiherrlichen Provokation die Konsequenz zu ziehen und die Arbeiterschaft zur geschlossenen Abwehr der faszistischen Provokationen auszurufen.

Ja sie bringt nicht einmal die Courage auf, ihren Lesern von der Verprügelung der Arbeiter durch die Schupo, anläßlich jener Bismarckfeier zu berichten.

Anscheinend hält die „Volkswacht“ das Verprügeln von Arbeitern bei monarchistischen Geburtstagsfeiern ebenso selbstverständlich wie die unerhörten Urteile die Breslauer Gerichte, in den letzten Wochen gegen kommunistische Redakteure gefällt haben.

Der Streik der Breslauer Musiker

hat sich in den letzten Tagen verschärft und noch auf weitere Lokale u. a. auch auf das Restaurant des „Zoologischen Garten“ ausgedehnt. Die „Breslauer Neueste Nachrichten“ fallen den Streikenden durch falsche, irreführende Angaben in den Rücken. Sie berichten, daß den Streikenden für 4 Stunden 159 000 Mark durch Schiedsspruch zuerkannt worden sind. Es handelt sich natürlich nicht um eine Bezahlung von 4 Stunden, sondern um Monatsbezahlung bei täglich 4 stündiger Arbeitszeit.

In Anbetracht, daß es sich um den Streik einer finanziell schwachen Organisation handelt, muß die gesamte Arbeiterschaft die Streikenden moralisch und finanziell unterstützen. Wer ein bestreiktes Lokal besucht, muß als Streikbrecher behandelt werden.

Wo bleibt der Boykottbeschluß des Gewerkschaftskartells?

Vor allen Dingen müssen die Arbeiter der verwandten Berufe sich mit den Streikenden solidarisieren. Die Gastwirtsangestellten müssen sich mit den Streikenden solidarisch erklären und verhindern, daß der Geldsack über eine wacker kämpfende Angestelltengruppe triumphiert.

Die Breslauer Installateure und Rohrleger

sind am Montag in den Streik getreten, weil ihnen die Innungsfirmen pro Stunde 138,95 bis 512,20 Mark abziehen wollten. Wir werden über den Streik unter der Rubrik „Aus Gewerkschaften und Betrieben“ ausführlich berichten.

Provinzielles.

Waldenburg. Nochmals die Grützner-Versammlung. Ein früheres Mitglied der VSPD. schreibt uns: „Der bekannte Regierungspräsident von Düsseldorf, Dr. Grützner, führte auf die Bitte des noch mehr bekannten Landrat Schütz in Waldenburg dasselbe Theater auf, wie einige Tage zuvor in Breslau. Am Zechentor las ich das Plakat: Dr. Grützner spricht heut im Edelstein über das Thema „Die Franzosen am Rhein und an der Ruhr“. Ich kannte diesen Herrn als einen tüchtigen Sozialdemokraten aus der Zeit, als die deutsche Republik kaum geboren war. Treu marschierte ich als roter Soldat und Parteigenosse an Grützners Seite. Ich freute mich, meinen einstigen Genossen wiederzusehen und zu hören und ging fast eine Stunde weit nach Waldenburg in den Edelstein. Vor dem Versammlungslokal stehen schon 20—30 Menschen. Um noch einen Platz zu bekommen, huschte ich schnell durch die erste Tür. An der zweiten Tür standen zwei wohlgenährte Männer und riefen mir entgegen: „Zweihundert Mark für die Ruhrhilfe“. Was? Oeffentliche Volksversammlung. Landrat Schütz ladet jedermann herzlich ein. Jetzt sollte jeder herzlichst Eingeladene um zweihundert Mark für die Konterrevolution geprellt werden. Die Herren ließen sich schließlich belehren und forderten einen freiwilligen Beitrag. 50 Prozent der Anwesenden waren Angehörige der besitzenden Klasse. Landrat Schütz eröffnete die Versammlung und übergoß den tapferen Genossen Dr. Grützner mit einer öligen Lobrede. Dr. Grützner führte u. a. aus, er habe die Bitte des Herrn Landrats Schütz, nach Waldenburg zu kommen, erfüllt, weil er der Meinung ist, Waldenburg mit seinen hungrigen Bergproleten sei berufen dazu, den Nationalrummel an der Ruhr mitzumachen. Herrlich stehe es an der Ruhr. Die Einheitsfront überbrücke alle Klassengegensätze und politischen Meinungsverschiedenheiten von Hitler bis Stinnes. Grützner appellierte an die Vaterlandsliebe und propagierte Ueberschichten für die Ruhrhilfe. Niemand solle an seinen Ausführungen zweifeln, auch nicht an der ehrlichen Ruhrhilfe und der richtigen Verteilung. Brüderliches Zusammenarbeiten aller Vaterlandsliebenden sei unbedingt erforderlich. In diesem Falle wird bald die Ruhr Frankreichs Grab sein. Mit einem dreifachen Hoch auf das inniggeliebte, teure Vaterland schloß er seine Rede. Den Reaktionären hatte der Referent recht aus dem Herzen gesprochen.

Obwohl die Zurufe während des Referates bewiesen, daß ein Teil der anwesenden Arbeiter nicht mit den Ausführungen Grützners einverstanden war, wurde eine freie Aussprache nicht gestattet.

Als die Bourgeoisie das Deutschlandlied zum Schluß anstimmen wollte, wurde dieser Gesang von der „Internationale“, die unsere Genossen anstimmten, übertönt.

Viele VSPD.-Arbeiter waren über das Referat Grützners ebenso empört wie über die Abwürgung der Diskussion. Sie waren der Ansicht, daß die Zurufe, welche die Kommunisten machten, durchaus nötig und am Platze waren.

*

Die „Schlesische Zeitung“ schimpft natürlich weidlich über kommunistische Versammlungsstörung, Pöbelei 2c. Nun, wenn die „Schlesische“ schimpft, so beweist das, wie gut unsere Waldenburger Genossen ihre kommunistische Pflicht erfüllt haben.

Buchwald, Kr. Lüben. Oeffentliche Volksversammlung. Am Dienstag, den 4. April fand hier eine von der Kreisleitung Haynau einberufene öffentliche Versammlung der KPD. statt, in welcher Genosse Hamann über die „Politische Lage und Faszistengefahr“ sprach. Ueber sein gutgehaltenes Referat brauch hier nicht gesprochen zu werden, da es, wie immer, glänzend aufgebaut war. Vielmehr wollen wir uns kurz mit den Diskussionsrednern als ersten den Geschäftsführer der Deutschnationalen Herrn Spitze, als 2. einen Eisenbahnbeamten aus Arnsdorf bei Liegnitz (SPD.) beschäftigen. Der Deutschnationale Spitze brachte so manches alberne Gewäsch zu tage, wo er nur Mühe hatte durch die dauernden Zwischenrufe der zahlreichen Arbeiter von Buchwald Fuchsmühl und Umgegend, weiter zu kommen. Direkt auf Einzelheiten eingehen lohnt sich nicht, da ja die Kampfesweise des Herrn Spitze und seiner Parteigenossen bekannt ist. Die Einstellung über die Ruhrbesetzung von dieser Seite ist bekannt, aber zum Schluß wollte er seine Ausführungen verschönern indem er Gen. Hamann durch die bekannte Gruschwitz-Affäre schlagen wollte. Doch weit gefehlt, die Anwesenden Arbeiter kannten auch hier die albernen Reden. Der SPD.-Mann versuchte wohl, noch etwas für seine Partei zu retten, doch es hatten auch hier die Arbeiter erkannt, das die KPD. den richtigen Weg geht. Gen. Meier Haynau sprach noch über den Landarbeiter-Verband einiges, und ging noch kurz mit den Herrn Spitze ins Gericht. Im Schlußwort zerflückte Gen. Hamann die Diskussionsreden der DN. und SPD. Das die Ausführungen Früchte getragen haben, zeigt die Aufnahme von einigen Mitgliedern zur Partei sowie Zeitungsbestellungen, so daß wir in kurzen dort eine neue Ortsgruppe errichten werden. Eine Tellersammlung ergab den Betrag von 2743 Mark. Um 1 Uhr nachts konnte erst die Versammlung geschlossen werden.

Schönau a. K. Eine kommunistische Freveltat. Am Ostersonntag fand hier eine Aufführung eines evangelischen Kinderchors unter Leitung des Hauptlehrers Poguntke statt. Und weil das geliebte Vaterland nicht bloß von den französischen Kapitalisten, sondern auch von den eigenen rebellierenden Proletariern bedroht ist, so braucht es viel, viel Geld, und deshalb ist auch der Ueberschuß von der Veranstaltung für die sogenannte Ruhrhilfe bestimmt gewesen. Die an den Wänden hängenden Bilder der früheren Volksbetrüger, anders Hohenzollern genannt, veranlaßten den Oberspießer von Schönau an die alte herrliche Zeit zu denken, und er forderte die Anwesenden auf, sich von den Plätzen zu erheben und das alte, schöne Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anzustimmen. Alles erhob sich und gröhlte aus Leibeskräften. Nur ein zufällig anwesender klassenbewußter Arbeiter, den das Lied ja nichts anging, denn das Vaterland der Kapitalisten ist nicht das Vaterland der Proletarier, blieb sitzen und las ruhig seine Arbeiter-Zeitung. Zornunkelten die Augen der Spießer, die fetten Bäuche wogten auf und ab, aber keiner wagte das klingende Lied zu stören. Nur als das Lied zu Ende war, da fand sich doch ein mutiger Vaterlandstreuer und rief unserem Genossen zu: „Sie Flegel, Sie!“ Kaum hatte unser Genosse das Wort ergriffen, um den proletarischen Standpunkt zu präzisieren, als schon die Rufe der fetten Helden erschallen: „Raus mit ihm!“ Da jeder von den Helden als erster dem Vaterlandsverräter den Todesstoß versetzen wollte, so entstand ein großes Durcheinander. Und in diesem Tumult fand man den Verräter nicht, obwohl er als letzter den Saal verließ und obwohl er an dem Sowjetstern leicht zu erkennen war. Leider ist Schönau ein derart rückständiges Städtchen, wo man nur den preußischen Adler kennt, nicht aber das Zeichen der Arbeit und der Zukunft — den Hammer mit Sichel. Wir sind versicher, daß die Schönauer Spießer den Gang der Revolution nicht aufhalten können. Eines schönen Tages werden sie noch größere Augen machen, als jetzt am Ostersonntag der Fall gewesen ist.

Bolkenhain. Das Elend der Landarbeiterjugend. Von einem Genossen aus Bolkenhain wird uns folgendes geschrieben:

Oft denken die Industriearbeiter, die Landarbeiterjugend lebt herrlich, hat satt zu essen, bekommt noch Geld, und solche Dinge werden noch mehr angeführt. Und wenn ich euch sagen soll, daß wir von den Großbauern und Junkern noch mehr ausgebeutet werden wie ihr, so werdet ihr es mir nicht glauben wollen. Doch folgendes Beispiel soll alle belehren. In Wolmsdorf auf dem Dominium erhält ein jugendlicher Arbeiter bei 10 Stunden Arbeitszeit pro Woche, sage und schreibe 8586 Mark. Davon gehen 753 Mark für Kranken- und Invalidengeld ab, so bleiben 7833 Mark. Dazu kommen 18 Pfund Kartoffeln und 6 Pfund Getreide, mit einem Wert von 2700 Mark, so daß also der Gesamtlohn pro Woche, Abzüge abgerechnet, rund 10 533 Mark beträgt ohne freie Station. Was sollen sich da diese jugendlichen Arbeiter anschaffen? Das reicht nicht, um die Sachen zu reparieren, die man bei der Arbeit herunterreißt, geschweige erst zum Kostgeld. So geht es allen Jugendlichen auf dem Lande, und der Landarbeiterverband unternimmt nichts, um die Not dieser jungen Arbeiter zu lindern. Fast über die Hälfte haben dem Verband den Rücken gekehrt, weil er sich gar nicht um die Arbeiter bekümmert hat. Statt dessen fordert er die Arbeiter auf, ein Verbandsnotopfer von 500 Mark, oder Weizen und Roggen zu liefern und erklärt, daß demjenigen, der dieses Notopfer nicht abliefere, seine Interessen nicht vertreten werden können. Wir Jugendlichen wissen, daß schon lange unsere Interessen am wenigsten vertreten werden. Es gilt darum, daß sich die Landarbeiterjugend zusammenschließt, daß bei den Großbauern Jugend-Vertrauensleute gewählt werden und die auf den Dominiums arbeitenden Jugendlichen sich in der Kommunistischen Jugend organisieren, damit sie innerhalb des Dominiums Stellung zu ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nehmen können. Allen Jugendlichen, die auf dem Lande arbeiten, empfehle ich, dem Beispiel der Industriejugend zu folgen und Gutszellen zu bilden, welche die ganzen Jugendlichen des Gutes umfassen. Landarbeiterjugend, erwache auch du, erkenne auch deine Macht, führe auch du den Kampf um deine Interessen, wie die Industriejugend. Auch für euch gilt die Losung: Durch Kampf zum Sieg!

Ein jugendlicher Landarbeiter.

Zaborze. Gemeindevertretersitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Gemeindevorsteher Dr. Dilling der Verdienste des verstorbenen Lehrers Pogodaik. Gewerkschaftssekretär Materla von der Zentrumspartei ist als Gemeindeverordneter in sein Amt eingeführt worden an Stelle der Frau Rosenberger, die ihr Mandat niedergelegt hatte. Der Gemeindevorsteher machte die Mitteilung das die Gemeindebeamten 308 500 Mk. und die Angestellten der Gemeinde 47 153 Mk. an Ruhrhilfe gespendet haben. Die Verpachtung des hiesigen Gemeindegasthauses rief eine lebhafte Aussprache hervor. Bekanntlich sollte ab 1. Januar 1923 die Verpachtung einem neuen Bewerber, welcher aus der Wahl durch die Gemeindevertretung hervorgegangen wäre, übertragen werden. Die Kommission bestehend aus den Schöffen Direktor Hain und Gewerkschaftssekretär Karger war dazu berufen worden, zwecks Beschleunigung dieser ganzen Pachtgeschichte. Unsere Genossen Rudek, Otwosde und Blachnitzky führten heftig Kritik, daß dieser nicht mehr auf die lange Bank hinausgezogen wird, verlangten, daß die Wahl des neuen Pächters unbedingt zu erfolgen habe, damit am Ablauf der noch gewährten Pachtfrist, dem alten Pächter, das ist bis 30. 6. 23, der neue Pächter das Gemeindegasthaus beziehen könne. Der Antrag des Genossen Blachnitzky wurde mit 18 Stimmen angenommen, der besagte, daß die dazu bestimmte Kommission sofort die Schritte zu unternehmen hat eine Auslese unter den Bewerbern vorzunehmen, damit die Pachtgeschichte endlich ihren Abschluß findet. Der Gemeindevorstand empfahl dasselbe dem derzeitigen Pächter Jarosch vom 1. April ab noch auf ein Vierteljahr bis 1. Juli d. J., gegen vierteljährlichen Pachtpreis von 500 000 Mk., zu überlassen, was auch angenommen wurde. Die Gemeindevertretung beschloß eine halbe Tonne Kohle als monatliche Beihilfe dem Silesiabade zu gewähren. Dafür werden an bedürftige Schulkinder eine bestimmte Anzahl von Badekarten kostenlos abgegeben werden, sowie 100 Bäder an bedürftige Einwohner zu halben Preisen. Die Eingemeindung des zu Deutschland zugefallenen Teiles Ruda-Poremba wurde genehmigt. Die Erhöhung der Berufsschulbeiträge erfolgte in der Weise, daß der Jahresbeitrag der Gewerbesteuerklasse IV auf 120 Mk., der Gewerbesteuerklasse III auf 240 M., der Gewerbesteuerklaserklasse II auf 400 Mk., der Gewebersteuerklasse I auf 600 Mark, festgesetzt wurde. Schließung des Pfandleihamtes. Dasselbe wird nicht mehr von bedürftigen Personen zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Der Betrieb wird eingestellt, die Einrichtungen aber behalten, um bei Feststellung eines Bedürfnisses dasselbe sofort wieder eröffnen zu können. Gen. Otwosdz betonte bei diesem Punkte treffend, daß das Proletariat nichts mehr zum versetzen habe weil es an Kleidung und sonst dergleichen kaum das Nötigste besitzt. Der Gemeindeverordnete Herr Hüttendirektor Salem und Aktionär polemisierte gegen die Aeußerungen unseres Genossen Otwosdz indem er behaubten wollte, daß das, was Otwosdz sprach nicht zutreffe, sondern die Arbeiter haben nichts zu versetzen, sondern die Arbeiter brauchen nichts zu versetzen weil die dieselben alles in Hülle und Fülle haben. (Große Entrüstung und Pfuirufe bei den Kommunisten und Sozialisten und im Zuhörerraum. Das Ortsstatut betreffs Zwangseinquartierung, welches der Gemeindevorsteher beabsichtigte der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung vorzulegen, hat die Gemeindevertretung vertagt, um erst mit dessen Ausführungen genügend bekannt zu werden. In die allmonatliche Kassenrevisionskommission ist auf Anforderung unseres Fraktionsleiters Blachnitzky der Genosse Schlwa gewählt worden. In die Schuldeputation sind gewählt die Genossen Rudek und Sieronski, ersterer Gemeindeschöffe, letzterer Gemeindeverordneter.

Oppeln. Mieterstreik? Wie schon mitgeteilt wurde, hat der Magistrat Oppeln auf Grund einer vertraulichen Mitteilung des „Wohlfahrts“ministers Hirtsiefer an die Städte die Verwaltungskosten auf 500 Proz. und die laufenden Instandsetzungskosten auf 1400 Prozent festgesetzt. Eine Kommission der Mieter, die in dieser Angelegenheit beim Magistrat vorstellig wurde, wurde direkt abweisend behandelt und richtete nichts aus. Auf die Frage eines Mietervertreters an den Magistrat, ob er denn die Straße nicht fürchte, erwiderte Herr Bürgermeister Scholz, daß er darauf vorbereitet sei. Der Mieterschutzverein sandte daraufhin ein längeres Protestschreiben, das wir infolge Raummangels nicht wiedergeben können, an den Magistrat. Desgleichen wird die am Dienstag, den 10. d. Mts. stattfindende Generalversammlung zu entscheiden haben, ob den wuchernden Hauspascha der Kampf angesagt werden soll.

— Die nächste Stadtverordneten-Sitzung findet am Donnerstag, den 12. April statt. Die Tagesordnung weist 24 Punkte auf.

Aus der Arbeiter-Sportbewegung.

Eine Konferenz der Arbeitersportkartelle Schlesiens

tagte am 2. Osterfeiertag in Liegnitz. Vertreten waren sieben Bezirkskartelle, sechs Ortskartelle mit vierzehn Delegierten und der Vorstand des Provinzialkartells durch drei Genossen.

Ueber das Wohlfahrtsgesetz sprach Gen. Hahn (Breslau). Es wurde beschlossen, daß sich die Kartelle das Gesetz anschaffen. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß nicht allen Ansprüchen, die an das Provinzialkartell gestellt wurden, Rechnung getragen werden konnte, weil die Mittel nicht zur Verfügung standen. Die Beiträge wurden neu festgelegt und müssen bis Ende Mai von den Kartellen pro Mitglied 10 Mk. eingesandt werden. Ueber die Tätigkeit der Sportler in den Gemeindevertretungen wie als Magistratsmitglied und Stadtverordneter sprach Genosse Stadtrat Knobloch (Ohlau). An Beispielen zeigte er, wie es möglich ist, wenn wirkliche Sportler in den Parlamenten sitzen, Gutes für die Volksgesundheit zu schaffen. Scharfe Kritik wurde geübt an der Arbeiterjugend und den Jungsozialisten, die an verschiedenen Orten beschlossen haben, gemeinsam mit Hakenkreuzlern und Bismarckbündlern Feste zu feiern und Umzüge zu veranstalten. Es wurde als selbstverständlich angenommen, daß sich Arbeitersporter dazu nicht hergeben. Es gibt keinen Fall, wo Arbeitersportler mit Bürgerlichen gemeinsame Feste feiern.

Den Genossen wurde noch ans Herz gelegt, in den Vereinen dahin zu wirken, daß alle Sportler Leser der Parteizeitungen und Mitglieder der sozialistischen Parteien sind und daß sie sich bei Wahlen zur Verfügung stellen. Dann werden auch die führenden Genossen zu überzeugen sein, daß der Arbeitersport eine Kulturbewegung im Sinne des Sozialismus ist.

Arbeitersport. Kreistag der Arbeiterturner Schlesiens in Königszelt. Am Sonntag, den 1. April eröffnete Kreisvertreter P. Döblitz-Breslau den Kreistag. Vorher ließen die Arbeitersänger das schöne Lied „Tord Foleson“ erklingen. Dann hielten kurze Ansprachen der Kartellvorsitzende und unser Genosse H. Pätzold als Vorsitzender der Freien Turnerschaft Königszelt. Dann sprach der Vertreter vom Bunde, Turngenosse Kreuzburg-Leipzig. Er hob besonders hervor, daß die Sportbewegung der Arbeitersportler in den letzten Jahren in Schlesien sehr gewonnen habe und überbrachte die Grüße des Arbeiterturnerbundes. Nachdem gab Döblitz die Tagesordnung bekannt: 1. Berichte, 2. Organisationsfragen, 3. Bundestag, 4. Anträge, 5. Wahlen, 6. Verschiedenes. Der Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission ergab folgendes: von 72 Vereinen wurden 105 Delegierte geschickt, die in Sparten vertraten 58 Turner, 4 Turnerinnen, 11 Fußballspieler, 7 Schwimmer, 1 Schwimmerin, 8 von der Kreisverwaltung, 15 Bezirksvertreter und 1 Bundesvertreter. Geplant wurden zum Sommer große Jugendreisen. In Betracht kommen Schlesien, Pommern und Danzig. Für die Reisen sollen Gelder vom Staate gefordert werden. In die Kreisverwaltung wurden wieder die alten Mitglieder ohne Widerspruch gewählt. Der nächste Kreistag findet in Freiburg statt. Auch finden wieder verschiedene Männer- und Kinderturne statt.

Arbeiter-Turnverein Hermsdorf u. Kynast. In diesem Jahre blickt der Verein auf sein 10jähriges Bestehen zurück. Aus kleinen Anfängen, von niemandem begünstigt, auf die Arbeiterarbeit angewiesen, hat er sich zu der heutigen Blüte entwickelt. Wohl riß der Krieg große Lücken, aber es blieben doch Männer übrig, die mit fester Hand wieder zugriffen und der Arbeiter-Sportbewegung in unserem Orte den Platz eroberten, auf dem sie heute steht. In diesem Jahre bildete sich aus den Ruinen der Turner und Turnerinnen ein Mandolinenorchester, der schon die stattliche Zahl von 30 überschritten hat. Alle Wochen, Sonnabends 6 Uhr, findet in der neuen Schule, Zimmer 5, der Uebungsabend statt und wird werden in nicht allzulanger Zeit ein Mandolinenkonzert veranstalten. Der Chor ist eng an den Turnverein angeschlossen und führt den Namen: „Mandolinenchor der freien Turnerschaft“. Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe soll das bisher übliche Stiftungsfest im großen Rahmen gefeiert werden. Die

Vorbereitungen sind in vollem Gange. Der Bezirksausschuß sowie die verschiedenen Kommissionen sind emsig tätig, die technische Leitung arbeitet fieberhaft. Da Herrnsdorf eine gute Badeanstalt besitzt, wird auch der Schwimmsport zur Geltung kommen und aus ganz Schlesien und darüber hinaus werden die Wassersportler herbeieilen und ihre Kämpfe austragen. Eingeladen zu diesem Feste sind außer den hiesigen Sportvereinen und Gewerkschaften, der niederschlesische Bezirk. An alle Turnfreunde und Gönner ergeht deshalb die Bitte der Unterkunft-Kommission, Quartiere bereitzustellen. Eingeleitet wird das Fest am 23. Juni mit einem Kommers-Abend im „Gymnasi", wo die Bundesinsignorchester, sowie die Gesangvereine, die sich nebenbei bemerkt, zu einem freien Volkschor vereinigt haben, mitwirken. Sonntag vormittag, Wettspielen; um 1 Uhr Festzug durch den Ort nach dem Turnplatz, daselbst Schauturnen, Schwimmen und Konzert. Hoffen wir, daß durch dieses Fest dem Arbeitersport viele neue Freunde gewonnen werden und daß endlich diejenigen Arbeitersportler, die noch in den bürgerlichen Vereinen sind, erkennen, wo sie hingehören.

•

Das Ortskartell in Herrnsdorf u. Kynast hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, den 1. Mai, wie alljährlich, durch einen Demonstrationszug mit einer öffentlichen Volksversammlung am Krieger-Denkmal zu feiern. Arbeiter, Genossen, rüstet zum 1. Mai. Keiner darf fehlen.

Schlesische Rundschau.

Der Priestermord in Moskau und der Entrüstungsrummel in Oberschlesien.

Ein großer Entrüstungssturm braust durch die bürgerlichen Provinz- und Käseblätter in West- und Ost-Oberschlesien. Neue Mordtaten haben die „blutdürstigen Bolschewisten" auf ihr Gewissen geladen. Einen Priester, einen Prälaten haben sie zum Tode verurteilt und am Sonnabend, den 30. März, standrechtlich erschossen.

Diesen Anlaß benutzen die bürgerlichen Preßschmoks in Oberschlesien, um eine neue Hetze gegen Rußland zu inszenieren. In spaltenlangen Artikeln wird die proletarische Sowjetregierung geschmäht und verleumdet. In Volksversammlungen und Kirchen wird eine infame Hetze gegen Rußland entfaltet. Alle Hebel setzt man in Bewegung, um das Volk gegen dieses aufzuhetzen. Die ganze „zivilisierte" Welt „bäumt" sich angeblich gegen dieses Urteil und seine Vollstreckung auf. Vom Standpunkt der Humanität, im Namen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und sonstigen schönen Dingen, wird dagegen Sturm gelaufen.

Dem gegenüber ist festzustellen, daß die bürgerliche Gesellschaft, die jetzt auf einmal all diese schönen Eigenschaften an sich entdeckt, bisher tapfer geschwiegen hat, handelte es sich darum, himmelschreiende Ungerechtigkeiten und Verbrechen zu bemänteln oder totzuschweigen, die sie selbst, oder die in ihrem eigenen Interesse begangen wurden. Sie protestierte nicht gegen die Erschießung von Hunderten von Irrländern, mit Scheffington an der Spitze, die ohne irgendeinen Gerichtsspruch ermordet wurden. Sie hat den Bürgermeister von Cork Hungers sterben lassen im Gefängnis, ohne sich ihrer Menschlichkeit zu erinnern. Sie hatte von der Erschießung von Tausenden von Arbeitern in Finnland, von dem Wüten der Horthy-Banditen in Ungarn, von den Wahnsinnstaten der Hörsings und Noskes Kenntnis genommen, ohne daß ihr Gerechtigkeitsgefühl sich aufgebäumt hätte. Auch bei der Massenniedermetzelung der christlichen Armenier durch die deutsche Soldateska schwieg die christliche Kirche ebenso wie die Presse, das Parlament usw. Nur Karl Liebknecht erhob seine gewaltige Stimme gegen den Massenmord. Jetzt, wo es sich um die Verurteilung eines Geistlichen handelt, der sich mit den feindlichen Staaten verband und der die Bevölkerung zum bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetregierung aufforderte, da protestiert die gesamte Pfaffenschaft mit dem polnischen Klerus an der Spitze. Gerade die Pfaffen und Kapitalisten in Polen haben den allerwenigsten Grund, Entrüstung zu markieren. Ruhen doch Hunderte gemordeter politischer Kämpfer auf den Friedhöfen und Tausende schmachten in Gefängnissen.

Jetzt, wo in Rußland ein Verbrecher an der Menschheit, der zufällig die Sonne getragen hat, nach Recht und Gesetz verurteilt wurde, entdeckt man auf einmal sein menschliches, religiöses Herz. Und doch ist in diesem Prozeß nur vom Standpunkt der proletarischen Gerechtigkeit geurteilt worden. Denn in dem Moment, wo in Rußland tausende Hungers starben, wo sich infolge der Mißernte die schrecklichsten Szenen abspielten, saß dieser Prediger der Nächstenliebe auf den Kirchenschätzen. Entgegen dem Gebot seines Herrn und Meisters, keine Schätze zu sammeln, „die die Motten und der Rost fressen", war dieser edle Menschenfreund bedacht, nichts von diesem sündigen Mammon abzugeben; beschwatzte er hartnäckig diejenigen, die dieses Gold zum Kampf gegen den Hunger bewilligen. Ihm und seinesgleichen ist es zuzuschreiben, daß Tausende und aber Tausende mehr an Hungers sterben mußten, weil gewisse „Priester" die unglaublichsten Schätze abzugeben sich weigerten. Was hätte wohl die Welt für den sowjetischen Regierungschef getan, der sich damals dieser Maßnahme widersetzt hätte? Wie hätte die Presse für einen solchen Fall geurteilt? Wie würde wohl mit einem polnischen Priester geschehen, der sich mit Rußland ins Einvernehmen setzen würde?

Die Arbeiterklasse Rußlands hat den Zarismus, dessen blutiges Regime ebenfalls keine Proteste hervorgerufen hatte, niedergerungen und wird mit strenger Hand diejenigen niederhalten, die sie hindern wollen, das schwer Errungene weiter auszubauen. Im übrigen mag die bürgerliche Gesellschaft jene Erklärung beherzigen, welche die Vertreter Sowjetrußlands bei neuerer Gelegenheit abgaben. Sie lautete:

„Wir erklären angesichts des Proletariats der ganzen Welt, daß weder heuchlerische Proteste noch Flehen, diejenigen vor der strafenden Hand schützen werden, die zu gunsten des Kapitals die Waffe gegen die Arbeiter und die ärmsten Bauern erheben, sie aushungern und in neue Kriege im Interesse des Kapitals verwickeln wollen. Wir sind überzeugt, daß die von einem kleinen Häuflein Ausbeuter unterdrückten und gepeinigten Volksmassen aller Länder es begreifen werden, daß in Rußland Gewalt nur im **Namen der heiligen Sache der Befreiung der Volksmassen gebraucht wird**, daß sie es nicht nur begreifen, sondern auch folgen."

Ivaxire.

Einen neuen Leser!
Genosse, vergiß es nicht!

Die Kreistags-Wahlkampagne.

Der Auftakt zu den Kreistagswahlen für Breslau-Land.

I.

Die Wahlen werden nicht erst am Wahltag vorgenommen. Vorher schon lassen die bürgerlichen Parteien alle ihre Seelenfänger und Bauernfänger auf die Wählermassen los, um sie als Stimmvieh einzufangen. In Pilsnitz rüstete sich am Freitag abend in einer öffentlichen Volksversammlung ein Deutschnationaler Schriftsteller (Schriftflicker) an die Wähler heran. Er beschäftigte sich in seinen langweiligen Ausführungen 2 geschlagene Stunden hindurch mit dem sozialdemokratischen Amtsvorsteher Grewig-Klettendorf und dessen angeblichen Verfehlungen. Die von den Großagrariern und den Großindustriellen, vereint mit den Ententekapitalisten hervorgerufene Not in den breitesten Bevölkerungsschichten, schob er der Revolution in die Schuhe und forderte die Wähler auf in den Kreistag eine bürgerliche Mehrheit zu senden und möglichst viel Großagrarier, weil es den kleinen Bauern nur unter Führung der Großen (der Großagrarier) besser gehen könne!

In der Diskussion zerpflückte SPD.-Genosse Hermann Müller-Breslau die „Rede" des dickbauchigen Herrn Agitators. Der Versammlungsleiter der (Gutsbesitzer von Pilsnitz) versuchte dem 2. Diskussionsredner, dem Genossen Fanus-Breslau, durch allerhand schofle Machenschaften das Wort zu entziehen. Erst versuchte er die Ausführungen des 1. Diskussionsredners zu widerlegen und als ihn Genosse Kunsi darauf aufmerksam machte, daß er das dem Referenten überlassen solle, gab er dem Referenten das Wort zu einer Diskussionsrede. Als Genosse Kunsi dies zu verhindern wußte, stellte der Referent!!, der 2 volle Stunden geredet hatte, den Antrag auf Schluß der Debatte!!

Diese Schiebung wußte Genosse Kunsi zu verhindern, der den Versammlungsleiter mit einigen kräftigen Worten zurecht wies. Der Antrag des Genossen Kunsi je einem Vertreter der anwesenden Parteien eine Redezeit von 15 Minuten zu gewähren wurde mit Stimmenmehrheit angenommen, worauf Genosse Kunsi als zweiter Diskussionsredner das Wort erhielt.

Er rechnete zuerst mit dem Versammlungsleiter ab wegen seines unparlamentarischen Verhaltens. Dann wendete er sich der „Kraut- und Rübenrede" des deutschnationalen Bauernfängers zu und stellte sie in das Licht kommunistischer Kritik! Er erntete von der Versammlung reichen Beifall, die ihm die Redezeit verlängerte. Er verstand es den Versammelten die Demagogie der Deutschnationalen klarzulegen, so daß der Referent sein Schlußwort unter allgemeinem Gelächter bezw. starkem Widerspruch nach einer Minute mit klaglicher Miene beendete. In dieser Versammlung wurde der „Kommunistische Sauerteig" in die Versammelten gelegt. Er wird sich auswirken. D.

II

Erste öffentliche Versammlung der KPD. in Ottwitz.

In Ottwitz, einem wüstes gelegenen Dorf an der Oder, fand am Freitag, den 6. April die erste öffentliche Versammlung der KPD. statt. Genosse Dombrowski-Breslau referierte über das Thema: „Was wollen die Kommunisten in den Kreistagen". Gegner meldeten sich nicht zu Wort. Obwohl die Versammlung schlecht besucht war, endete sie doch mit einem Erfolg für die Partei. Einige mit uns sympathisierende Arbeiter, die aus den Nachbardörfern in die Versammlung gekommen und einen hundeelangen Weg nicht gescheut hatten, erklärten ihren Beitritt in die Partei vollziehen zu wollen und wünschten die Abhaltung von kommunistischen Versammlungen auch an ihren Orten. Es hat die KPD. auch im Landkreis Breslau langsam festen Fuß.

Die Materialkasten und Leitrieben.

Der Arbeiter in Sowjetrußland.

Die Bilanz der kommunistischen Wirtschaftspolitik.

Anmerkung der Redaktion: Die sozialdemokratische Presse, voran die „Volkswacht", brachte in letzter Zeit irreführende Angaben über angebliche Lohnsteuer und Löhne des russischen Arbeiters. Wir veröffentlichen daher nachfolgenden der „Roten Fahne" entnommenen Artikel, den unsere Genossen den sozialdemokratischen Arbeitern zur Aufklärung geben mögen.

Unter diesem Ziel ist im „Vorwärts"-Verlag eine Broschüre des russischen Menschewisten Dan erschienen. In dieser Schmähschrift gegen die russische Revolution werden an Lügenhaftigkeit die tollsten weißgardistischen Berichte übertroffen. Die Art der Zusammenstellung der Broschüre ist sehr schlau. Der Verfasser bedient sich angeblich offiziellen Materials. Seine Darstellung muß solange überzeugend erscheinen, so lange er nicht beim Mogeln ertappt wird. Der Verfasser und seine Auftraggeber spekulieren darauf, daß die deutschen Arbeiter nicht in der Lage sind, sich genügend über die russischen Verhältnisse zu informieren. Um so wichtiger ist es, durch jederzeit nachzuprüfendes Material die Lügen Dans zu widerlegen.

Der erste Abschnitt des Kapitels über die Lage der Arbeiterschaft ist der

Frage des Arbeitslohns

gewidmet. Es ist selbstverständlich, daß der Menschewist Dan den heroischen Kampf des russischen Proletariats, in der Zeit der sozialistischen Verteilung und des Klassenrajons nicht verstehen will. Auch das Produktivitätsprinzip, daß unter dem Zwang der Kampfesnotwendigkeit von unseren Gewerkschaften in das System der Staatswirtschaft eingeführt wurde, ist nach Dan in Rußland ein Verbrechen, während er sich in Deutschland mit den reformistischen Gewerkschaftsführern solidarisiert, die im bürgerlichen Staat dafür eintreten, daß die Bezahlung der Arbeit von ihrer Ergiebigkeit abhängig gemacht werde.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die heroische Anstrengung der Arbeiterklasse während der Bürgerkriegsperiode, wo im Hunger und in der Entbehrung der Sieg geschmiedet wurde, von Dan als eine bolschewistische Vergewaltigung verurteilt wird. Eine solchesolche Epoche kann ein Dan nicht verstehen. Verstehen wird sie aber jeder Arbeiter jedes beliebigen Landes. Ja, der Arbeiter hat in Rußland gehungert, aber durch das Klassenbewußtsein des Individuums und durch den Klasseninstinkt der Masse hat er begriffen, daß die Verbesserung seiner Lage möglich ist nur beim Siege seiner Macht und bei der Gesundung seiner Wirtschaft. Die Rückkehr der Herren Dan und ihrer ehemaligen Kapitalisten hatten die Arbeiter Rußlands trotz aller Not nie ersehnt, zumal ihnen diesbezügliche Erfahrungen in den Grenzgebieten gezeigt haben, daß sie damit nur ihre eigenen Henker und Ausbeuter zurückrufen würden.

Der Arbeitslohn.

Dan begeht hier eine bewußte Tatsachenverdrehung. Der Verfasser bezeichnet die letzten Monate des Jahres 1921 und die ersten Monate des Jahres 1922 als die Blütezeit des „Nep" (neue ökonomische Politik), der wirtschaftlichen Rechnungslegung (Chosraschot) mit den Privatmillionären, mit den Milliardengehältern für die Spezialisten und für die verantwortlichen Arbeiter. Schon den einigermaßen in die russischen Verhältnisse Eingeweihten ist der Schwindel hierbei klar. In den Monaten, von denen Dan hier spricht, wurde beinahe die gesamte Industrie noch auf staatliche Rechnung geführt, das wieder zugelassene Privatkapital machte die ersten Gehversuche, und die verantwortlichen Arbeiter in den Staatsbetrieben wurden nach dem mittleren Lohn der Arbeiter entlohnt, während die Spezialisten nur ein wenig über dem allgemeinen Tarif entlohnt wurden und von Milliardengehältern haben nicht einmal die hiesigen menschewistischen Spezialisten geträumt. Aber dem Dan schien es notwendig, die Verelendung der Arbeiterschaft auf dem Hintergrund des allgemeinen Wohlergehens und Reichtums zu malen, und in solchen Fällen ist es doch nicht notwendig, sich durch Tatsachen oder historische Daten beengen zu lassen.

Der Verfasser schöpft seine Angaben über die Höhe des Lohnes aus dem „Trud" (Zentralorgan des Allrussischen Gewerkschaftsrat), aber der Verfasser übergeht mit Stillschweigen die Tatsache, daß in dem Artikel, auf den er sich beruft („Trud" Nr. 89), nicht der tatsächliche Durchschnittslohn des russischen Arbeiters angeführt wird, sondern die staatlichen Minimalgrenzen, welche vom Arbeitslohn weit entfernt sind.

Dem Verfasser konnte dies nicht unbekannt sein, gerade so wenig wie es ihm nicht unbekannt sein konnte, daß er Angaben aus den schwersten Monaten des Jahres 1922 anführt, also die Zeit der entsetzlichen Hungerfolgen in Rußland. Die Broschüre ist vom November 1922 datiert, und zu jener Zeit war schon ein viel vollständigeres Material publiziert. Und trotzdem schließt der Verfasser seine Angaben mit März dieses Jahres ab.

Herr Dan hat bewußt den wirklichen Lohn der Arbeiterschaft verschwiegen,

sein bedeutendes Wachstum im Jahre 1922 den Lesern vorenthalten, um dabei den ihm nötigen Effekt zu erzielen. (Forts. folgt.)

Mitglieder-Versammlung des Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Freiburg.

Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Hermann-Breslau über die Aufgaben der Gewerkschaften. 2. Kassenbericht vom 1. Quartal. 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 gab Genosse Hermann einleitend einen Ueberblick über die Entwickelung der Gewerkschaften. Vor dem Kriege vertraten dieselben den Klassenkampfgedanken. Als aber der 4. August kam, betrogen die Gewerkschaftsführer den Weg der Burgfriedenspolitik. Der Referent zeigte an Beispielen, wie Kollegen, die auf Grund ihrer Qualifikation in der Rüstungsindustrie beschäftigt wurden, zu mucksen wagten, sofort in den Schützengraben gesandt wurden. Wandten sie sich an ihre Gewerkschaften, so hieß es nur, wir können nichts tun. — Burgfriedenspolitik. — Als dann das kapitalistische Abenteuer zusammenbrach und alles glaubte, nun kehren auch die Gewerkschaften zum Klassenkampf zurück, erlebte man es, daß man aus der Burgfriedenspolitik die Arbeitsgemeinschaft schuf. Die Arbeiter haben nun schon vier Jahre Gelegenheit, den „Segen" dieser Einrichtung kennen zu lernen. Nicht nur, daß sich das Kapital wieder aufraffen könnte, benützt es nun dieselbe auch, um die Arbeiterschaft zu betrügen. Wollte letztere Lohnzulagen, so geht es erst an den Schlichtungsausschuß, von da an das Landesministerium, schließlich an das Reichsarbeitsministerium und wenn dann der Unternehmer bewilligt, so ist die Zulage längst überholt durch die Geldentwertung. Das Trauerspiel begann von vorn. Der Referent geißelte dann das Verhalten der Gewerkschaftsführer in der Ruhrfrage und zeigte, wie jetzt zum Dank dafür die Unternehmer dazu übergehen, auf der ganzen Front Lohnabbau vorzunehmen. Die Kollegen müssen nun fordern, daß die Gewerkschaftsführer Schluß machen mit der Arbeitsgemeinschaftspolitik, sie müssen dafür sorgen, daß die Regierung Cuno, welche an alle Schlichtungsausschüsse die Weisung gegeben hat, keine Lohnaufbesserung mehr zu gewähren, einer Arbeiterregierung Platz machen müsse und daß den sich bildenden faszistischen Organisationen Abwehrformationen des Proletariats entgegengesetzt werden. Reicher Beifall bewies, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Kollege Krause und Assert unterstrichen dieselben. Unter Punkt 2 gab der Vorsitzende anstelle des angeblich verhinderten Kassierers einen kurzen Bericht. Der Kassenbestand ist gut, die Mitgliederzahl beträgt 1246. Unter Verschiedenem machte Kollege Assert darauf aufmerksam, daß man in den Uhrenfabriken nun dazu übergeht, die Löhne zu kürzen. Um 10,30 Uhr war Schluß der Versammlung.

Landeshut. Ortsausschußsitzung vom 4. April 1923. In Anwesenheit der Vertreter aller Gewerkschaften, mit Ausnahme der Bäcker und Landarbeiter, wurde die Sitzung gegen 8 Uhr vom Vorsitzenden, Koll. Scholz, mit einer sehr umfangreichen Tagesordnung eröffnet. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1923 ergab eine Einnahme von 713 924 Mk., welcher eine Ausgabe von 712 184 Mk. gegenübersteht. Ein Antrag des Kollegen Voß, die noch im Beitrag rückständigen Gewerkschaften namhaft zu machen und dem Kassierer für die ordnungsgemäße Kassenführung Entlastung zu erteilen, fand einstimmige Annahme. Zum Bericht der einzelnen Gewerkschaften über die Höhe des Lokalgeschenkes an durchreisende Kollegen wurde auf Antrag Müller die Belastung der Ortsausschußkasse zugewiesen. Der Kartellbeitrag für den Monat April wurde wie im Monat März, bei 75 Mk. pro Mitglied belassen. Die anläßlich der Teuerungsdemonstration an die kommunalen Verwaltungsstellen eingereichten Entschließungen wurden dahingehend ergänzt, in dem seitens der Stadt eine rechtzeitige und genügende Einschaffung von Lebensmitteln (Kartoffeln, Mehl, Hülsenfrüchte, Fette) gefordert wird. Die Kalamität, die jeden Winter in der Versorgung mit Kartoffeln zu verzeichnen war, muß durch Beschaffung geeigneter Lagerräume rechtzeitig behoben werden. Um praktische Vorschläge zur Behebung der Bautätigkeit und zur Verminderung des Wohnungselends machen zu können, wurde eine aus den Kollegen G. Müller, Pohl, Reichstein, Altenberger, Scholz, G. Kühn, Freiter und Voß bestehende Kommission gewählt; die Einberufung liegt dem Koll. Scholz ob. Zu Punkt Maifeier wird einstimmig beschlossen, den Tag durch Arbeitsruhe zu begehen. Aufgabe aller Delegierten ist es nun, für strikteste Durchführung einzutreten. Die weiteren Veranstaltungen an diesem Tage bleiben den politischen Parteien überlassen. Die Vorgänge am Lucker und die gehässige Einstellung des Gastwirts Zahn führten nach eingehender Aussprache zum Boykottbeschluß über dieses Lokal. Beschlossen wurde ferner die Gründung einer Arbeitersamaritergruppe in die Wege zu leiten durch ein entsprechendes in den Betrieben zu zirkulierendes Flugblatt. Anmeldungen nimmt das Arbeitersekretariat jederzeit entgegen. Ein Schreiben des Zentralverbandes der Angestellten macht auf die bedauerliche Tatsache aufmerksam, daß sich noch viele aus Arbeiterkreisen entstammende kaufmännische und technische Angestellte in bürgerlichen Verbänden befinden. Aufgabe der Arbeitereltern wird es sein, ihre der Schule entwachsenen Kinder den freien Gewerkschaften, in diesem Falle dem Zentralverbande der Angestellten zuzuführen. Das von der landwirtschaftlichen Bezugsgenossenschaft zur Rechtfertigung gegen erhobene Vorwürfe im „Tageblatt" veröffentlichte Elaborat muß als irreführend zurückgewiesen werden, da Angaben über die Höhe der geforderten Preise wohlweislich verschwiegen werden. Aus diesem Grunde ist die Behauptung der hiesigen Fleischer, die landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaft wirke verteuernd, noch nicht als widerlegt zu betrachten. Bei Erstattung der Berichte über erfolgte Preisprüfungen mußte es geradezu lächerlich wirken, wenn von den Produzenten nachzuweisen versucht wird, daß nur mit Verlusten gearbeitet werde. Bei dieser Gelegenheit wurde der Preis der Kohle von 8300 Mark pro Zentner als ausreichend erachtet und dementsprechend festgesetzt. In die paritätische Kommission zur Bekämpfung der Scharwerkarbeit wurden die Kollegen Altenberger, Stierand und Hermann Weiß gewählt. Eine Wiederholung der von bürgerlicher Seite mehrere Male mit großem patriotischen Tamtam aufgeführten Tellspiele wurde in Anbetracht des wegen Kurzarbeit zu erwartenden unsicheren finanziellen Ergebnisses, abgelehnt. Wenn dem „Bergwacht"-Berichterstatter die vorgekommenen patriotischen Aufwallungen bei den Aufführungen entgangen sind, so ist dies für die derzeitige Einstellung dieser Parteiführer bezeichnend. Die Angriffe des Spinnereiaufsehers Breiter gegen die gewerkschaftliche Tätigkeit des Kollegen Scholz bei Austragung einer Streitsache soll, nachdem eine gütliche Beilegung durch das Verhalten Breiters unmöglich gemacht wurde, gerichtlich ausgetragen werden.

Die Löhne der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter.

Am 6. und 7. April fanden die Reichsverhandlungen über die Neufestsetzungen der Arbeiterlöhne statt. Wir haben das Ergebnis bereits mitgeteilt. Das Zwischenspiel der 50prozentigen Vorschußzahlung auf die Märzlöhne ist vorüber. Diese Art der Vorschußzahlungen hat böse Wirkungen zur Folge. Die Tarifverhandlungen für alle Gewerkschaften sind ins Stocken geraten; alle Schlichtungsausschüsse haben die Methode des Reiches aufgegriffen. Die Taktik Cunos ist allgemein befolgt worden. Nur wenige Gewerkschaften haben in dieser Zeit Lohnerhöhungen im Höchstsatz bis zu 15 Prozent durchgesetzt.

Der „Markstabilisierung" ist praktisch der Lohnabbau gefolgt. Alle Schlichtungsstellen haben diese Tatsache als Grundlage ihrer Tätigkeit anerkannt. Was soll nun werden?

Was muß gefordert werden?

1. Das unbedingte Löschen aller Vorschußzahlungen.

2. Die Abschaffung der ungeheuren Lohnunterschiede zwischen Jugendlichen, angelernten, ungelernten und gelernten Arbeitern und Arbeiterinnen.

Wie sieht es damit aus? Die Unterschiede beginnen bei den jugendlichen Arbeitern mit 40, sie enden mit 80 Prozent; beginnen bei den Arbeiterinnen und Mindererwerbsfähigen mit 65 und enden mit 100 Prozent. Gefordert muß werden: als Ausgangspunkt der Lohn des gelernten Vollarbeiters, also 100 Prozent. Jugendliche, männliche und weibliche, erhalten im 15. Lebensjahr 50 Prozent, im 16. Lebensjahre 60 Prozent, im 17. Lebensjahre 70 Prozent, im 18. Lebensjahre 80 Prozent, ab 19. Lebensjahr 90 Prozent, von da ab 100 Prozent. Frauen vom 18. bis 21. Lebensjahre, gleich ob ungelernt oder gelernt, 90 Prozent, vom 21. bis 24. Lebensjahre 95 Prozent, vom 24. Lebensjahre ab 100 Prozent. Familien- und Kinderzulagen sind nach den Februarlöhnen zu verdoppeln.

3. Die Klasseneinteilung nach Orten ist eine ganz unhaltbare. Diese Verschiedenartigkeit in Verbindung mit den Abstufungen hat dazu geführt, daß für die Arbeiter zwei- bis dreihundert verschiedene Lohnstufen bestehen. Orte mit ganz gleichen Lebensmittelpreisen gehören verschiedenen Lohnklassen an. Das muß aufhören. Die Löhne müssen nach Wirtschaftsbezirken einheitlich und zwar gegliedert nach drei, höchstens vier Bezirken im Reiche festgelegt werden.

4. Wie hoch müssen nun die Forderungen sein? Eine, wenn auch nicht im vollen Umfange einwandfreie Berechnung gibt uns die Statistik von Silbergleit. Danach müßte der Stundenlohn zur Zeit 2500 Mark betragen. Nach Abzug von Steuern, Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträgen, sowie der zwingenden Ausgaben für Miete, Gas und Wasser wäre für die notwendigen Bedürfnisse dann der Zustand von 1914, als Vorkriegszeit, notdürftig hergestellt. Weiter würde damit dem grenzenlosen Notstand aller der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen einigermaßen gesteuert. Die Regierung hat diese Forderungen nicht bewilligt. Wohl hatte das Reich 4 Milliarden [illegible] um den Kohlenbaronen die Umlage zu schenken! Wohl hatte es Hunderte von Milliarden übrig, um wieder den Unternehmern im Ruhrgebiet das Durchhalten zu ermöglichen! Wohl hat es Milliarden übrig, um den Beamten der Ortsklassen der Besoldungsordnung 10—13 ein auskömmliches Leben durch Gewährung von monatlichen Millionengehältern zu bieten; für die Arbeiter langt es nicht! Die Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden müssen sich darauf einrichten, durch gemeinsamen Druck ihre Lebenslage zu verbessern und ihre Spitzenverbände zu zwingen, daß die Lohnverhandlungen von neuem aufgenommen und obenstehende Forderungen durchgedrückt werden.

Genossenschaftshilfe für Sowjet-Rußland.

Die Generalversammlung des Konsumvereins „Volkskraft" in Erfurt, 17 000 Mitglieder, hat in ihrer letzten Generalversammlung folgenden Antrag mit Mehrheit angenommen:

„Der Konsumverein „Volkskraft" in Erfurt ersucht die Internationale Arbeiterhilfe (IAH.), eine gemeinsame Anleihe aufzunehmen, dergestalt, daß von den ausgezeichneten Geldern, der Konsumverein die Hälfte zur Stärkung seiner Betriebskapitalien in Form eines Rückdarlehns der Handels- und Industriealtiengesellschaft, Internationale Arbeiteranleihe für Sowjetrußland (juristische Form für die IAH.) erhält. Die andere Hälfte verbleibt der IAH., die ebenfalls den Zinsendienst um die Rückzahlungsgarantie nach 10 Jahren für beide Hälften übernimmt. Die Konsumgenossenschaft haftet nur für ihre Hälfte. Der Konsumverein „Volkskraft" verpflichtet sich, in seinem Gebiet für die Anleihe eine rege Propaganda zu entfalten. Diese Propaganda wird besonders im Sinne des genossenschaftlichen Warenaustausches mit Rußland betrieben. Die IAH. ist zu ersuchen, von der Sowjetregierung unter günstigen Bedingungen für deutsche Konsumgenossenschaften Konzessionen für Getreidefarmen in Rußland zu erwerben, und die direkte Vermittlung der erzeugten Produkte mit den beteiligten deutschen Konsumgenossenschaften herbeizuführen. Die Anleihe müßte in Papiermark nach dem Dollarstande eines bestimmten Datums getätigt werden."

Auch die Konsumvereine Halle a. d. S. und Weißenfels betreiben zurzeit eine rege Propaganda für die Internationale Arbeiteranleihe; ihre Verteilungsstellen haben Plakate zur Propagierung der Anleihe ausgehängt und Zeichnungslisten ausgelegt.

Es ist alle Kraft anzuspannen, daß die Zahl der Vereine, die Rußland unterstützen, sich von Tag zu Tag vergrößern.

Vom Tage.

Der außerordentliche Parteitag.

In der Tschechoslowakei will die Bourgeoisie Hand in Hand mit den Sozialdütteln, die Kommunisten durch ein „Gesetz zum Schutze der Republik" mundtot machen und töten. Angesichts dessen rief die KPTsch. nach Prag einen außerordentlichen Parteitag ein. [illegible] veröffentlichen wir ein Stimmungsbild über diesen außerordentlichen Parteitag der KPTsch., das wir der Nr. [illegible] „Edermünder", unserem Reichsverbandsblatt, entnehmen. In manchem [illegible] — leider noch mit [illegible] — [illegible] können.

Die Redaktion.

Was war das doch für ein seltsamer Kongreß! [illegible] und standen im [illegible] Saale waren kaum zwanzig Personen, welche ihrer Herkunft und ihrem Berufe nach keine Arbeiter waren. Da waren mehr als 200 deutsche Delegierte, dann eine große Anzahl von Slowaken, einige Polen, ein Dutzend Magyaren und ebensoviele Karpathorussen, der Rest Tschechen. Aus Podersam waren vier Delegierte mit dem Fahrrad nach Prag gekommen! Andere waren die ganze Nacht hindurch im Zuge gewesen und saßen nun da, das „Rude Pravo" oder den „Vorwärts" in der Hand, und warteten auf die Eröffnung des Kongresses. Einige Arbeiter waren scheinbar von der Arbeit weg zur Bahn geeilt: die kamen ohne Hemdkragen, schmierig von der Arbeit, aber sie kamen trotzdem und saßen mitten in der Menge der festlich gekleideten Proletarier. Die Delegierten saßen in Sesselreihen. Es wurde **nicht geraucht, nicht gegessen, nicht getrunken.** Es war beinahe wie in der Kirche. Es wurde, sehr zum Unterschied von anderen Kongressen, im Hintergrunde **nicht in kleinen Gruppen debattiert.** Es war mäuschenstill im Saale, wenn nicht gerade ein Beifallssturm entfesseln wurde. Sie saßen bunt durcheinander: Tschechen und Deutsche, Slowaken, Magyaren, Polen, Ruthenen.

Genosse Muna eröffnet den Kongreß. Er spricht zuerst tschechisch, dann deutsch. Er läßt die Präsidenten wählen: und der staunende Parteitag sieht neben Smeral den alten Sturc sitzen, sie sprechen miteinander, die zwei „Feinde", und der Kongreß denkt nach und bemerkt, daß er ein außerordentlicher Kongreß, ein historischer Kongreß ist. Da sitzen im Präsidium die Vertreter von sechs Nationen — die KPTsch. hält ihren Parteitag ab! Smeral führt das Präsidium. Man weiß nicht recht, in welcher Sprache er amtiert. Er redet tschechisch und deutsch, bunt durcheinander, fast gleichzeitig — so kommt es einem vor —, alle Delegierten sind stets im Bilde, es gibt keine „Sprachenfrage". Smeral führt das Präsidium mit diktatorischer Faust. Er verspricht dem Kongreß, um 4 Uhr nachmittags fertig zu sein. Der alte Sturc beantragt, den kranken Genossen Lenin zu begrüßen. Der Kongreßsaal erdröhnt von Beifall. Burian spricht. Er zitiert zum Schluß noch Goethe, den letzthin ein Kramarzblatt einen Halunken nannte. Und dann spricht Kreibich! Seine Rede wirkte hinreißend. Tschechen und Deutsche applaudieren wie toll. Nun kam die Debatte: Jugendliche, Vertreter der Slowakei, Karpathorußlands, der Gewerkschaften, der Frauen, der kulturellen Arbeiter (der alte, bärtige, stocktaube und herzensgute Macek), die Vertreter der Parteiveteranen, voran der alte Sturc, der mit der Stimmenkraft eines Zwanzigjährigen in den Saal seine Sätze schleudert, dann unser Anton Behr, ruhig, leise, überzeugend, wirkungsvoll durch seine Schlichtheit, und der alte Polzisil aus Teplitz. Der älteste Parteigenosse, Burian in Brünn — er ist über 80 Jahre alt —, konnte nicht nach Prag kommen. Das Schlußwort hält Zápotocký. Er spricht nicht lange. Die Delegierten haben alles Notwendige für die allernächste Zeit nicht nur im Kopfe und im Herzen, sondern auch schon in der Tasche. Zápotocký macht nur noch den Schlußpunkt. Der Kongreß hat nicht gejammert, er **hat nicht gedroht, er hat nicht Mut einem Erschrockenen und Geängstigten zugesprochen: er hat zum Kampfe aufgerufen, er hat mit Donnerstimme allen Unterdrückten und Ausgebeuteten ein Vorwärts! zugerufen, das den Machthabern dieses Staates noch lange in die Ohren gellen wird.**

Es ist beinahe 4 Uhr. Smeral erhebt sich und schließt den Kongreß. Er spricht tschechisch und deutsch, einen Satz so, den nächsten wieder so. Smeral ruft mit seiner mächtigen Stimme in deutscher Sprache sein Hoch auf die Weltrevolution in den Saal; der Kongreß springt auf und schreit in einem halben Dutzend von Sprachen Hoch! Nazdar! Slava! Eljen! Und so weiter. Die Worte: „Der Kongreß ist geschlossen" (es ist punkt 4 Uhr) gehen in dem Gesang der „Internationale" unter, welche die Deutschen anstimmen und in den die Tschechen und Slowaken mächtig in Klang und Rhythmus einfallen.

Es war ein nicht nur seltsamer, sondern ein ganz außerordentlicher Kongreß! Am Ostersonntag wurde das Schutzgesetz durch die Arbeiter der Tschechoslowakei außer Kraft gesetzt. Trotzdem es erst am nächsten Sonntag in Kraft tritt!

L. Martow †

Der Menschewistenführer Martow ist, fünfzigjährig, in einem deutschen Sanatorium gestorben.

Martow gehörte zu den Begründern der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, deren 25jähriges Jubiläum wir eben erst gefeiert haben. Freilich: Wir feierten das Jubiläum der KPR. das ist: des bolschewistischen Teils der Russischen Sozialdemokratischen Partei. An der Wiege der Gesamtpartei stand aber auch der Verstorbene, der allerdings seit 1903, seit dem 2. Parteitag der S. R. S. D. A. P., einer der Hauptführer der Menschewisten gewesen ist.

Martow stammte aus dem Milieu der jüdischen Intellektuellen, die, wie ihre gleichaltrigen nichtjüdischen Mitbegründer der Partei, in Studentenzirkeln, dann in Arbeiterzirkeln, in der Verbannung und dann in der Emigration die ersten Bausteine für die Partei zusammentrugen.

Während des Gründungsparteitages am 14. März 1898 war Martow, ebenso wie Lenin, in Sibirien in der Verbannung. 1900 arbeitete er mit diesem, Potressow und Plechanow zusammen an der „Iskra" (der „Funke") in der Schweiz, demjenigen Organ, welches die Partei zu einem großen Teil erst wirklich geschaffen hat. 1903 ging er den anderen Weg. An der Frage des Statuts, scheinbar einer Nebenfrage schieden sich die Geister. Daß diese Wegscheide keine Nebensächlichkeit war, bewies die fernere Entwicklung der beiden Fraktionen sowohl, wie auch ihrer Führer. Lenin wurde nicht nur zum Führer jenes verlachten „Grüppchens", sondern zum Führer des revolutionären Weltproletariats und des ersten proletarischen Staates. Martow aber wurde, sowie die Revolution in Rußland kein Diskussionsgegenstand, sondern Tatsache wurde, in der Tat zum Führer eines Grüppchens, den sogenannten „Internationalisten", eines „linken" Flügels der Menschewiki, die mit ihren einigen einerseits-andererseits nichts waren als Bremsklötze der revolutionären Entwicklung in

---

Der eiserne Knecht.

Ein sozialer Roman von Jac London.

17]

„Eine solche revolutionäre Armee", sagte er, „fünfundzwanzig Millionen Mann stark, ist etwas, was die Herrscher und die herrschenden Klassen zum Innehalten und zur Ueberlegung zwingt. Die Losung dieser Armee ist: „Kein Pardon!" Wir verlangen alles, was Sie besitzen. Wir wollen nicht mit weniger zufrieden sein, als mit Ihrem ganzen Besitz. Wir wollen die Zügel der Gewalt und das Geschick der Menschheit in die Hand nehmen. Hier sind unsere Hände. Es sind starke Hände. Wir wollen Ihren Ihre Regierungsämter, Ihre Paläste und alle Ihre purpurne Herrlichkeit wegnehmen, und dann sollen Sie genau so für Ihr Brot arbeiten wie der Bauer auf dem Felde oder der verhungerte Schreiber in Ihren Hauptstädten."

Und als er sprach, streckte er von seinen herrlichen Schultern seine beiden großen Arme aus, und die Hammerhände griffen die Luft wie Klauen des Tiers. Wie er so dastand, war er der Geist der regierenden Arbeit, der seine Hände nach seiner Zuhörerschaft ausstreckte, um sie zu zerreißen und zu zermalmen.

Ich gewahrte ein kaum bemerkbares Erschaudern auf seiten der Zuhörer vor dieser wirklichen, mächtigen und drohenden Revolutionsfrau. Das hatte, war die Frauen erschrocken, und auf ihren Gesichtern lag Angst. Nicht so bei den Männern. Sie gehörten nicht zu der müßigen Rasse, sondern zu den tatkräftigen, und sie waren Kämpfer. Ein leises Summen ihrer Stimmen erhob sich, und ich sah einen Augenblick in ihren Mienen, und ich sollte es noch öfters an diesem Abend hören — dies Zeichen des Stiers zu Menschen, die entschlossen waren, [illegible] zu haben. Es war das Knurren des Stiers.

[illegible] als ich [illegible] das Kampfesfeuer [illegible] sagte ich [illegible] würde, ihnen ihre Herrschaft [illegible] Welt zu entreißen.

Ernst [illegible] fort. Er erklärte, [illegible] Millionen Revolutionäre in den Vereinigten Staaten zu sprechen, als er der kapitalistischen Klasse vorwarf, die menschliche Gesellschaft schlecht geführt zu haben. Er skizzierte ein flüchtiges Bild von den Verhältnissen des Höhlenmenschen und der heutigen wilden Völker und betonte, daß diese weder Werkzeuge noch Maschinen hatten, und daß sie nur eine natürliche Kraft zur Arbeitsleistung besaßen. Dann schilderte er die Entwicklung der Maschinen und der sozialen Organisation, so daß heute die Produktionskraft eines zivilisierten Mannes tausendmal größer sei, als die des wilden.

„Fünf Mann", sagte er, „können für tausend Brot backen. Ein Mann kann für zweihundertfünfzig Menschen baumwollene und für dreihundert wollene Kleider produzieren und für tausend Menschen Schuhe und Stiefel. Man sollte daraus den Schluß ziehen, daß bei richtiger Führung der Gesellschaft der zivilisierte Mensch weit besser daran sein müßte als der Höhlenmensch. Aber ist er's? Wir wollen sehen. In den Vereinigten Staaten leben heute fünfzehn Millionen Menschen in dürftigen Verhältnissen; hiermit ist der Zustand gemeint, in dem durch Mangel an Nahrung und angemessener Kleidung [illegible] Arbeitsfähigkeit nicht [illegible] werden kann. In den Vereinigten Staaten arbeiten heute, trotz all Ihrer [illegible] Kinder. In zwölf Jahren hat sich [illegible] verdoppelt. Und deshalb [illegible] Sie, die Führer der Gesellschaft, [illegible] die Zeiten von 1910 [illegible] Sie mir antworten. Sie leugnen es, daß Sie sich [illegible] des Elends [illegible] die Revolution [illegible] gegen, die sich gerade jetzt vorbereitet.

Aber um auf meine Anklagen zurückzukommen. Wenn die Produktionskraft des modernen Menschen tausendmal größer ist als die des Höhlenbewohners, warum gibt es denn heute in den Vereinigten Staaten fünfzehn Millionen Menschen, die keine genügende Wohnung und keine hinreichende Nahrung haben? Warum arbeiten denn heute in den Vereinigten Staaten drei Millionen Kinder? Meine Anklage ist berechtigt. Die kapitalistische Klasse hat falsch gewirtschaftet. Angesichts der Tatsache, daß der moderne Mensch im Verhältnis armseliger lebt als der Höhlenbewohner, ist keine andere Schlußfolgerung möglich, als die, daß die kapitalistische Klasse falsch gewirtschaftet hat; daß Sie, meine Herren, falsch gewirtschaftet, daß Sie eine verbrecherische und selbstsüchtige Wirtschaft geführt haben. Und auf diese Anklage können Sie mir heute abend hier von Angesicht zu Angesicht, ebenso wenig antworten, wie Ihre ganze Klasse den anderthalb Millionen Revolutionären in den Vereinigten Staaten. Ich fordere Sie auf, zu antworten. Sie können es nicht! In diesem Punkt werden Sie zungenlahm sein, obschon Sie über andere Dinge weitschweifig genug reden werden.

Sie haben in der Verwaltung Fehler begangen. Sie haben aus der Zivilisation ein Schlachthaus gemacht. Sie sind blind und geizig gewesen. Sie sind, ohne zu erröten, in den Hallen der gesetzgebenden Körperschaft aufgestanden und haben erklärt, daß ohne die Arbeit von Kindern ein Gewinn unmöglich sei. Nehmen Sie nicht mich dafür beim Wort. Das steht alles in den Urkunden gegen Sie aufgezeichnet. Sie haben Ihr Gewissen beschwichtigt mit Phrasen über schöne Ideale und herrliche Moralitäten. Sie dienen den Macht und Besitz, kennen den Erfolg. Aber Sie haben nicht mehr Hoffnung gegen uns als die Drohnen, die sich um die Honigkuse zusammengeballt haben, wenn die Arbeitsbienen auf sie springen, um ihr fettes Leben zu vernichten. Sie haben unheilvolle Fehler gemacht in der Verwaltung der Gesellschaft, und deshalb muß sie Ihnen abgenommen werden. Einundeinhalbe Millionen Arbeiter sagen, daß sie auf dem Wege sind, sich mit dem Rest der arbeitenden Klasse zusammenzutun, um Ihnen die Verwaltung zu entreißen. Das bedeutet die Revolution, meine Herren. Verhindern Sie diese, wenn Sie können."

Eine merkliche Zeit noch klang Ernsts Stimme durch den großen Raum. Dann erhob sich wieder jenes Geräusch, das ich schon vorher gehört hatte, und ein Dutzend Männer sprangen auf und verlangten das Wort von Kolonel Van Gilbert. Ich bemerkte, wie Fräulein Brentwood ihre Schultern konvulsivisch bewegte, und für den Augenblick war ich erzürnt, denn ich nahm an, daß sie über Ernst lachte. Dann aber entdeckte ich, daß es kein Lachen, sondern Hysterie war. Sie war entsetzt über das, was sie dadurch angerichtet hatte, daß sie diesen Aufwiegler in ihren geheiligten Klub brachte.

Kolonel Van Gilbert beachtete die zwölf Männer mit ihren leidenschaftlich erregten Gesichtern nicht, die von ihm die Erlaubnis zu sprechen erbaten. Sein eigenes Gesicht war leidenschaftlich erregt. Er sprang auf, bewegte die Arme, und einen Augenblick lernte er nur unzusammenhängende Laute hervorbringen. Dann kam ihm die Sprache. Aber es war nicht die Sprache des Hunderttausend-Dollar-Advokaten, und auch die Redeweise war nicht altmodisch.

„Irrtum über Irrtum!" rief er. „Nie in meinem Leben habe ich so viele Irrtümer in einer kurzen Stunde äußern gehört. Außerdem, junger Mann, muß ich Ihnen sagen, daß Sie nichts Neues gesagt haben. Das alles lernte ich schon auf der Akademie, bevor Sie noch geboren waren. Jean Jacques Rousseau verkündete Ihre sozialistische Theorie schon vor zweihundert Jahren. Eine Rückkehr in den Sumpf, wahrlich! Umkehrt. Unsere Biologie lehrt die Unmöglichkeit. Es ist ein wahres Wort, daß ein kleines Wissen ein gefährliches Ding ist, und Sie haben hierfür heute abend ein Beispiel gegeben mit Ihren verrückten Ansichten. Irrtum über Irrtum. Ich habe mein Leben so viel Ekel vor dem Ueberfluß von Täuschungen entwickelt! Daß Sie Ihre unreifen Verallgemeinerungen und Ihre kindischen Schlußfolgerungen."

(Forts. folgt.)

Rußland. Es ist richtig, daß Martow die ärgsten sozialschaudinistischen und offen konterrevolutionären Schweinereien der Mehrzahl der Menschewiki in Rußland nicht mitgemacht hat. Es ist aber ebenso unbestreitbar, daß seine Haltung schon in Rußland objektiv konterrevolutionär sein mußte, und ein Beweis dafür ist: sein Verhalten nach seiner Ausreise 1920 nach Deutschland. Hier trat er auf dem Halleschen Spaltungsparteitag dem Genossen Sinowjew entgegen und betete alle die Ammenmärchen herunter, mit denen sämtliche Antibolschewisten die „Schlechtigkeit" der proletarischen Diktatur in Rußland beweisen wollten. Nach der Spaltung gründete er mit dem ebenfalls aus Rußland desertierten Abramowitsch, Dan und Dalin ein Blättchen in russischer Sprache, geheißen „Der Sozialistische Bote", in welchem diese auch für Menschewisten mit ihren angeblich scharf getrennten Flügeln bunte Gesellschaft alle Schritte des russischen Proletariats mit dem Gekläff bösartiger, aber zahnloser emeritierter Hofhunde begleiteten. Martows letzte Jahre löschen seine ersten sozialistischen Jahre aus. Wie viele, die als Revolutionäre begannen und als Konterrevolutionäre enden, so endete auch Martow als berufsmäßiger Antibolschewist und steriler Verleumder aller Maßnahmen der proletarischen Diktatur in Rußland. Aus seiner ersten Zeit sind einige brauchbare Schriften und Artikel übrig geblieben. Auch das ist nicht unsterblich, zeigt aber marxistische Bildung und wird als Geschichtsmaterial nicht uninteressant bleiben. Alles, was Martow später schrieb, ist Schutt und Asche. Plechanow, sein späterer Fraktionsgenosse, hat einige theoretisch-grundlegende Schriften hinterlassen und wird, trotz seines unrühmlichen Endes, für das revolutionäre Proletariat ein Lehrmeister bleiben. Martows Andenken wird dagegen bestimmt werden durch sein Ende — denn die Revolution ist hart und erbarmungslos.

Aus der Partei.

An alle Haupt- und Unterkassierer zur Beachtung, daß für Monat April folgende Beitragsklassen auf Grund der Veröffentlichung vom 5. April gelten:

Klasse 1 300 Mk. für Vollbeschäftigte
Klasse 2 200 Mk. für Kurzarbeiter.
Klasse 3 50 Mk. für Frauen u. Erwerbslose.

Zum Ausbau des Bibliothekwesens innerhalb der Partei.

Richtlinien der Zentrale (Abt. Bildung).

Die vom Leipziger Parteitag einstimmig angenommene Resolution zur Bildungsarbeit verpflichtet in ihrem Absatz 6 jede Ortsgruppe der KPD., im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl eine sorgfältig ausgewählte Bibliothek für die Benutzung der Mitglieder einzurichten. Die Zentrale wurde verpflichtet, Richtlinien zur Einrichtung und Verwaltung solcher Bibliotheken, sowie Musterverzeichnisse für den notwendigen Bücherbestand je nach der Leistungsfähigkeit der Ortsgruppe herauszugeben.

1. In jeder Parteibibliothek müssen unter allen Umständen die wichtigsten Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus vorhanden sein, und alle wesentlichen literarischen kommunistischen Neuerscheinungen müssen in ihr laufend eingereiht werden. An der Hand der beigegebenen Bücherlisten, die für drei verschiedene Ortsgrößenklassen entworfen sind, ist der Bücherbestand etwa schon vorhandener Bibliotheken genau nachzuprüfen und entsprechend zu ergänzen oder es ist mit der Beschaffung jener Bücher der Grundstock zu der Parteibibliothek am Orte zu legen.

2. Wo noch ganz keine Bibliothek vorhanden und Vereinsmittel knapp sind, wird man am besten durch Sammlung unter den Ortsmitgliedern die Mittel für den Büchereinkauf zu beschaffen suchen (Sammellisten, Tellersammlung bei Veranstaltungen der Partei usw.). Die Zentrale wird veranlassen, daß die zum Grundstock der Bibliothek gehörenden Bücher für diesen besonderen Zweck zu Ausnahmebedingungen, im allgemeinen zu 20 Proz. auf gültigen Organisationspreis, durch die betreffende Bezirksbuchhandlung resp. Literaturvertriebsstellen zu beziehen sind. Die mit einem Zeichen versehenen Schriften sind seitens der liefernden Bezirksbuchhandlungen usw. direkt vom Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg 8, Brandswiete 58, unter Hinweis auf den Zweck der Bibliotheksgründung in Sammelbestellung zu beziehen und werden dann mit 40 Proz. Rabatt an die Ortsgruppen abgegeben. Alle Bestellungen seitens der Ortsgruppen müssen der Bezirksleitung zur Kenntnis gebracht werden und haben bis zum 15. Mai zu erfolgen, falls Preisermäßigung gewährt werden soll.

Einzelne Genossen am Ort werden auch wohl Bücher aus ihrem Privatbesitz der Bibliothek schenkungsweise oder als zeitweilige Leihgabe zur Verfügung stellen. Aber nicht die Zahl der Bücher macht den Wert der Bibliothek aus, sondern die Auswahl und häufige Benützung. Dementsprechend wird gegenüber den Büchern, die aus Privatbesitz stammen, größte Vorsicht am Platze sein. Unsere Bibliotheken dürfen nicht zum Sammelplatz für Minderwertigkeiten werden.

3. Eine besondere Aufgabe ist es, die Parteimitglieder ständig auf die Bibliotheken aufmerksam zu machen und sie zum Lesen anzuregen. In Versammlungen, in der Presse, in Vereinslokalen 2c. ist auf die Bibliothek hinzuweisen und sind die Ausleihezeiten anzugeben. Insbesondere ist in Versammlungen auf die im Vortrag erwähnte oder doch auf den Vortrag bezügliche Literatur, soweit sie sich in der Parteibibliothek befindet, regelmäßig aufmerksam zu machen. Bei Bücherbesprechungen in der Presse ist zu erwähnen, ob eine Einreihung des Werkes in die Bibliothek erfolgt.

4. Bezugsberechtigt sind nur die Mitglieder der KPD. und der KJ. Ein Weitergeben der Bücher in andere Hände ist nicht zuzulassen.

5. Die Bücher bleiben Eigentum der Partei. Sollte ein Ortsverein aufgelöst werden, so ist die Bibliothek an die Bezirksleitung zurückzugeben. Jedes Buch muß einen entsprechenden Eigentumsstempel tragen resp. den Vermerk, daß es nur als zeitweilige Leihgabe des Genossen so und so in die Bibliothek eingereiht worden ist.

6. Ein vertrauenswürdiges und für das Bibliothekswesen interessiertes Parteimitglied (Genosse oder Genossin) ist zu bestimmen, das die Ausleihe der Bücher an den bekanntgegebenen Stunden besorgt und die Bibliothek unter Kontrolle der Ortsleitung verwaltet. Diese Verwaltung muß mit größter Gewissenhaftigkeit geschehen, da die hohen Bücherpreise Wiederbeschaffung bei Bücherverlusten außerordentlich erschweren.

7. Ueber den Bestand der Bücher ist ein Katalog anzufertigen und regelmäßig zu ergänzen.

Bei einem größeren Bücherbestand der Bibliothek empfiehlt es sich, das Verzeichnis der Bücher systematisch zu ordnen. Vielleicht nach folgender Gruppeneinteilung: Weltanschauung, Philosophie (material. Geschichtsauffassung usw.) — Allgemeine Geschichte (auch Geschichte einzelner Revolutionen und historischer Einzelereignisse) — Geschichte, Programme und Theorie des Kommunismus und Sozialismus — Rußland (hier wäre alles sich auf Rußland Beziehende einzuordnen mit Ausnahme der schönen Literatur) — Nationalökonomie (Wirtschaftslehre) — Sozialisierung — Politik (Staatstheorie und politische Einzelfragen) — Rechtsfragen (Arbeiterrecht, Versicherungsgesetzgebung usw.) — Gewerkschaften, Genossenschaften — Technologie (Gewerbekunde) — Naturwissenschaft — Schöne Literatur — Schriften für Kinder und Jugendliche.

(Fortsetzung folgt.)

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampffonds.

An unsere Kolporteure.

Verschiedene Ortsgruppen sind noch mit der Zeitungsabrechnung für 1—2 Wochen aus dem Monat März rückständig. Wir bitten dringend um sofortige Abrechnung.

Die Expedition.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Hartsch; für den Inseratenteil: Max Schocher; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD

Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 6837. Adresse: Alfr. Oelzner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Bezirksleitung. Sonntag, den 15. April, pünktlich früh 8 Uhr, im Bezirksbüro Bezirksleitungssitzung. Da ein Teil der Genossen am Nachmittag verpflichtet ist und deshalb die Sitzung Mittags beendet sein muß, wird pünktliches Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Fraktion des Provinziallandtages. Donnerstag, 12. April vormittags 9 Uhr, im Büro des Genossen Simon, Gartenstraße 65, Fraktionssitzung. Pünktliches Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Ortsgruppe Breslau. Sprechstunden: Nachmittags 5—7 Uhr.

— Mittwoch, den 11. April, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Nikolaistr. 49-50, wichtige Sitzung des Ortsbildungsausschusses. Die Ortsleitungsmitglieder sind hierzu ebenfalls geladen.

— Alle Parteigenossinnen und -genossen, die dem Zentralverband der Angestellten angehören, erscheinen zu einer wichtigen Besprechung am Donnerstag, den 12. April, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistr. 49/50.

— Distrikt 12. Freitag, den 13. April, abends 7,30 Uhr im Lokal Hubenstraße 50, wichtiger Distriktsabend. Keiner darf fehlen.

— Distrikt 14/15. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr außerordentliche Distriktsversammlung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistraße 49/50.

Dittersbach. Sonntag, den 15. April, vormittags 9 Uhr, treten alle Genossen zur Werbewoche zusammen. Keiner darf fehlen.

Fellhammer. Am Sonntag, den 15. April nachm. 4 Uhr findet in der „Schönen Aussicht" eine sehr wichtige Mitgliederversammlung statt. Sämtliche Genossen und Genossinnen der Partei und Jugend haben unbedingt zu erscheinen. (Aussprache über die Maifeier)

Kreisleitung Hayn. Sonntag, den 15. April, nachm. 2 Uhr, bei Kreter in Hayn, Parkstraße, Kreisleitungssitzung. Dazu haben unbedingt die Vertrauensleute der Ortschaften Steinsdorf, Gölschen, Buchwald, Freihandel, Kaltwasser, der Vorstand sowie die Landtagsmitglieder der Ortsgruppe Hayn zu erscheinen. Unentschuldigt ausbleibende Mitglieder, welche sich durch Mitgliedbuch ausweisen, haben Zutritt.

Oder-Peterswaldau. Sonntag, den 15. April, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Michelle, Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Kreis Waldenburg. Sonntag, den 15. April, vorm. 9 Uhr im Gerichtskretscham in Fellhammer, Funktionärkonferenz. Funktionäre der Union haben ebenfalls zu erscheinen. Aussprache über die Maifeier. Besondere Einladungen ergehen nicht.

KJD

Bezirksleitung: Max Müller, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 3786 Max Müller.

Bezirksleitung. Donnerstag, abends 7 Uhr, Bezirksleitungssitzung im Jugendsekretariat Nikolaistraße. Alle Mitglieder der BL. haben pünktlich zu erscheinen.

Schlung Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 11. April, abends 7 Uhr, im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistr. 49/50, 1. Stg., außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen. Alle Ortsleitungsmitglieder müssen spätestens eine Stunde früher

— **Heinrichau.** Dienstag, den 10. April, abends 7 Uhr, im Schulhaus Kreisjugendtag 16-17. Mitbringen pr. Zimmer 2, Meldung bei Genossen Zandowski. Der Bezirksjugendleiter. Gäste sind willkommen.

Fellhammer. Freitag, den 13. April, abends 7 Uhr, ernste Schule, gemeinsam (Mitgliedsbuch).

— Freiburg, den 15. April, nachmittags 2 Uhr, in der „Schönen Aussicht", Fellhammer. Gemeinsamer Schulbesuch der Mitglieder der Bezirksleitung.

Gebhardsdorf. Sonntag, den 15. April, nachm. 3 Uhr, findet eine öffentliche Jugendversammlung statt, zu der alle jugendlichen Arbeitern und Arbeiter sowie alle Werktätigen eingeladen sind. Vorangehen werden Kinder in alte Volkstracht. Treffpunkt 2 ein Jugendgruppe und Sportler.

Liebau. Sonntag, den 14. April, abds. 7 Uhr, gemeinsam im „Grünen Baum". Gäste aus der Nachbarschaft.

— Sonntag, den 15. April, nachmittags 1 Uhr, Wandern nach Schönberg.

Kreis Saltzbrunn. Sonnabend, den 14. April, abends 7 Uhr, öffentliche Jugendversammlung. Gen. Schulz spricht über „Militarismus und Arbeiterjugend". Die anwesenden Eltern werden eingeladen, mit zu erscheinen.

Bezirksleitung der kommunistischen Jugend Oberschlesien. Sonntag, den 15. April, haben sämtliche Funktionäre des Bezirks im Gewerkschaftshaus, Beuthen, um 2 Uhr, eine Konferenz der kommunistischen Jugend Bezirk. Alle Ortsleitungen haben in dieser Konferenz Bericht zu erstatten. Das ist Mitglied erscheint die Bezirksleitung.

Bezirksleitung Waldenburg. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, in der „Sonnenschänke", Weiß-Hermsdorf, Bezirksleitungssitzung. Alle ausgeschriebenen Genossen haben zu erscheinen.

— Sonntag, 3 Uhr, Gebiet der Bezirksleitung der Partei im Gerichtskretscham zu Fellhammer. Bezirksleitung.

KKG

Kommunistische Kinder-Gruppe. Bezirksleitung: Werner Zschocher, Breslau, Trebnitzerstraße 50.

Breslau. Am Dienstag, den 10. April, finden die Heimnachmittage der Kindergruppe in der Nikolaistr. 49/50 statt. Beginn nachmittags 4 Uhr. Parteigenossen, schickt alle eure Kinder.

Gewerkschaften

Waldenburg. Sonnabend, den 14. April, abds. 6,30 Uhr, im „Kreuz" in Altwasser, Kreisfraktionssitzung der Bauarbeiter und Zimmerer. Jeder Genosse ist verpflichtet, zu erscheinen. Referent anwesend.

Andere Organisationen

Breslau. Allgemeine Arbeiter-Union. Mittwoch, abends Punkt 7 Uhr, im Lokal „Stadt Wien", Malergasse 26, öffentlicher Diskussionsabend. Thema: Gewerkschafts-Bonzen-Diktatur oder Betriebs-Organisation? In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches Erscheinen von klassenbewußten Genossinnen und Genossen.

Hindenburg. Union der Bau- und Kupferarbeiter O.-S. Am Sonntag, den 15. April, vorm. 9 Uhr, findet in Hindenburg bei Herrn Jungermann, Kronprinzenstraße, gegenüber Stadler, eine Konferenz sämtlicher Unterbezirke O.-S. statt. Alle Funktionäre der Unterbezirke haben bestimmt und vollzählig zu erscheinen, da diese sehr wichtig ist. Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben.

Schauspielhaus. 168 Operettenspielhaus. Telefon R. 2545
Dienstag und Freitag 7½ Uhr
Auftreten Hella Kürty
Das Hollandweibchen
Mittwoch 7½ Uhr
Frau Margret Pfahl-Wallerstein
Die Fledermaus
Donnerstag 7½ Uhr
Auftreten Hella Kürty
Die Försterchristel
Sonnabend 7½ Uhr
Auftreten Hella Kürty
Schwarzwaldmädel

Zeltgarten
Täglich 8 Uhr:
Fürstenliebe
Lustspiel in 5 Aufzügen
Vorverkauf Barasch.

Welcher Genosse (Landwirt) ?
würde von einem alten armen Genossen ein 14jähr. unterernährtes Mädchen auf einige Wochen in gute Pflege nehmen. Gefl. Antwort a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9
Mutterherz
6 Akte.
Gesetz-Leute
6 Akte.
Bühnenschau
Fränzi Blenke

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen
kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
Bankdamperei und Installationsgeschäft
Breslau 8, Brüderstr. 24
vom 1. Lader.
Tel. R. 3055 Nebenstelle.

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse
Streng reelle Bedienung.
Einkauf täglich 8—7 Uhr.
Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis.
Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.
Kein Zahn unter 4000.— Mk.
Knopfstifte die Hälfte.
Breslau, Matthiasstr. 18 I
Th. Schade.

Gebrauchter, noch gut erhaltener
Kleider-schrank
zu kaufen gesucht.
Angebote an Artur Müller, Breslau, Nikolaistraße 49/50 (Buchhandlung)

Für Neu-Weisstein und Altwasser wird eine
Austrägerin
oder Knabe von 13—14 Jahren
gesucht
Meldungen bei
Gust. E. Herr, Friseur, Breslauerstraße 11.
Gust. E. Jahn, Friseur, Gerhartbrunnerstr. 58.

Neu erschienen:
Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution
35 Seiten stark
broschiert 100 M.
Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50

Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 2000 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Pawlowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark. Preis 1200 Mk.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 150 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Breslau / Nikolaistraße 49/50.
Abteilung Buchhandlung.

Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark
erhalten Sie durch das
Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923
Es enthält alles, was man im täglichen Leben rasch wissen muß, z. B. wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsgliederung, Kartelle, Trusts, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Reichsmietengesetz, Lohnsteuer, Bildungswesen, Valutafragen, Staatsbankrott, Indexziffern, Wirtschaftsstatistik (Preise, Löhne, Kurse, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen stets hilft Ihnen schnell und sicher das
Arbeitnehmer-Jahrbuch!
In Taschen-Format gebunden
Preis 2000.— Mark.
Zu beziehen durch
Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistr. 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Jeden vorwärtsstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen

Achtung Literaturbleute!
Die Broschüre
Max Hoelz
der gemeine Verbrecher
ist vergriffen.
Neudruck wird vorgenommen.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50
Abtg. Buchhandlung.